

A watercolor illustration depicting a sustainable future. The Earth is shown as a large blue sphere with a white hand holding it from the right. The top left features wind turbines and a building. The bottom left shows a diverse group of people, including a woman with a child on her shoulders, a man with a dog, and a woman with a child. The bottom right shows a man on a bicycle and a woman at a display board. The background is a warm yellow-orange gradient.

EIN LEITFADEN ZUR EU-STRATEGIE
FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

EINE NACHHALTIGE ZUKUNFT LIEGT IN UNSEREN HÄNDEN

„Wir haben die Erde nicht von unseren Eltern geerbt, wir haben sie von unseren Kindern geliehen.“

Lakota - Indianer

Wie kann ich EU-Veröffentlichungen erhalten?

Alle kostenpflichtigen Veröffentlichungen des Amtes für Veröffentlichungen sind über den EU Bookshop <http://bookshop.europa.eu> erhältlich, bei dem Sie über eine Verkaufsstelle Ihrer Wahl bestellen können.

Das Verzeichnis unseres weltweiten Verkaufstellennetzes können Sie per Fax anfordern: (352) 29 29-42758.

EINE NACHHALTIGE ZUKUNFT LIEGT IN UNSEREN HÄNDEN



*Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre
Fragen zur Europäischen Union zu finden*

**Gebührenfreie Telefonnummer (*):
00 800 6 7 8 9 10 11**

(*) Einige Mobilfunkanbieter gewähren keinen Zugang zu 00 800-Nummern oder berechnen eine Gebühr.

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet,
Server Europa (<http://europa.eu>).

Bibliografische Daten befinden sich am Ende der Veröffentlichung.

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2008

Europäische Kommission
Generalsekretariat
B-1049 Brüssel

ISBN 978-92-79-07269-7

© Europäische Gemeinschaften, 2008
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Alle Illustrationen © Abigail Acton

Printed in Luxembourg

GEDRUCKT AUF CHLORFREI GEBLEICHTEM PAPIER





INHALT

	Allgemeine Einleitung	5
①	Klimawandel – Den Schaden begrenzen	11
②	Nachhaltiger Verkehr – Einfacher, sauberer, sicherer	21
③	Verbrauch und Produktion – Ressourcen von Anfang bis Ende intelligenter nutzen	27
④	Natürliche Ressourcen – Unsere Umwelt schützen	35
⑤	Öffentliche Gesundheit – Gesundheit und Wohlbefinden für alle	43
⑥	Soziale Eingliederung – Alle an Europas Zukunft beteiligen	51
⑦	Weltweite Armut – Die Kluft schließen	61
⑧	Querschnittspolitiken – Eine Vision verwirklichen	67
⑨	Umsetzung und Vorgehensweise – Kurs halten	77



Allgemeine Einleitung



Beunruhigt Sie der Klimawandel? Wer Ihre Rente finanzieren wird? Luftverschmutzung? Oder ob Ihr Kind einen angemessenen Arbeitsplatz finden wird? Die Europäische Union reagiert auf diese täglichen Fragen, um mehr Lebensqualität sowie eine sichere Zukunft für unsere Kinder zu ermöglichen. Die EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung reicht von der Frage, wie wir unsere Bäume fällen, bis hin zum Umgang mit alten Menschen. Die Zukunft Europas hängt davon ab, ob das Dreifachziel – Schaffung von Reichtum, soziale Kohäsion und Umweltschutz – erreicht wird.

Was ist nachhaltige Entwicklung?

Nachhaltige Entwicklung, definiert als eine „Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden“, stand im Mittelpunkt des oft als „Erdgipfel“ bezeichneten Gipfels in Rio de Janeiro im Jahr 1992. Damals unterzeichneten Staats- und Regierungschefs aus der ganzen Welt Konventionen über Klimawandel und biologische Vielfalt. Zum Abschluss des Gipfels wurde eine Erklärung mit 27 Grundsätzen zu Umwelt und nachhaltiger Entwicklung verabschiedet.



Was sind die Ziele der EU?

Die EU verfolgt ihre eigene Strategie im Bereich nachhaltige Entwicklung, die den Großteil der in Rio behandelten Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialfragen abdeckt. Sie umfasst sieben Hauptbereiche:

- Klimawandel und saubere Energie;
- nachhaltiger Verkehr;
- Nachhaltigkeit bei Verbrauch und Produktion;
- Erhaltung und Verwaltung natürlicher Ressourcen;
- öffentliche Gesundheit;
- soziale Integration, Demografie und Migration;
- weltweite Armut.

Die überarbeitete EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung („überarbeitet“, weil es sich um eine Aktualisierung der ersten Strategie aus dem Jahr 2001 handelt) erläutert, wie wir unsere Bedürfnisse decken können, ohne künftige Generationen zu beeinträchtigen.

Im Februar 2005 erstellte die Europäische Kommission eine Bestandsaufnahme der bisherigen Fortschritte und kam zu dem Schluss, dass sich die Situation verschlimmert. Um diese verheerende Entwicklung, die zum Raubbau an natürlichen Ressourcen und zu Umweltschäden führt, zu stoppen und um auf Arbeitslosigkeit, Immigration und öffentliche Gesundheit zu reagieren, hat der EU-Rat im Juni 2006 die Strategie verabschiedet. 2007 wurde ein Fortschrittsbericht veröffentlicht – nachzulesen auf der Website zur nachhaltigen Entwicklung unter: ec.europa.eu/sustainable/.

Als erstes langfristiges Ziel gilt es den Klimawandel zu begrenzen. So wird die EU auf die Mitgliedstaaten Druck ausüben, damit diese die Verpflichtungen erfüllen, die sie 1997 durch das Kyoto-Protokoll und im März 2007 durch die anlässlich der Frühjahrstagung des Europäischen Rates vereinbarten Ziele zur Verringerung der Treibhausgase um 20 % bis 2020 eingegangen sind. Wie diese Ziele erreicht werden können, ist Thema einer Reihe von Programmen und Regelungen.

Obwohl dieses Ziel oberste Priorität hat, steht unter anderem auch die Solidarität zwischen den Generationen im Mittelpunkt. Die Schließung der Kluft zwischen Arm und Reich ist eines der Kernthemen der Strategie: Sie erläutert, wie dies etwa durch Stei-



© Corbis

gerung der Beschäftigung, Schaffung von effizienten Sozialsystemen und flexiblen und allgemein verfügbaren Bildungs- und Ausbildungssystemen möglich ist.

Darüber hinaus legt die EU ihr Augenmerk besonders auf die alternde Bevölkerung, um Renten, Gesundheitsversorgung und Langzeitbetreuung zu sichern. Angesichts des demografischen Wandels gilt es, jungen Menschen den Berufseinstieg zu erleichtern, die ältere Generation zu einem längeren Berufsleben zu ermutigen, Geschlechtergleichstellung zu verwirklichen und intelligent mit Migration umzugehen.

Ebenso im Mittelpunkt stehen öffentliche Gesundheit, Lebensmittelsicherheit, Verschmutzung der Umwelt und ihre Gefährdung durch Chemikalien. Gesundheitliche Risiken, bedingt durch unseren Lebenswandel – etwa durch Rauchen – sowie allgemeines Wohlbefinden und geistige Gesundheit sind ebenfalls Themen der überarbeiteten Strategie.

Äußerst wichtig ist aber auch ein besserer Umgang mit natürlichen Ressourcen. Programme für ländliche Entwicklung, Reform der Fischereipolitik, Rahmenbedingungen für Bio-Landwirtschaft und Tierschutz sowie Förderung der nachhaltigen Forstwirtschaft – all das sind die Mittel, die zum Schutz unserer Umwelt eingesetzt werden.



Wie wird die EU ihre Ziele erreichen?

Allgemeine und berufliche Bildung: Die Kommission ist sich bewusst, wie wichtig Bildung für alle Altersgruppen und auf allen Ebenen ist. Das Europäische Parlament und der Rat haben 2006 für den Zeitraum 2007-2013 ein Programm für lebenslanges Lernen angenommen, das sich dem Gesamtziel der Anhebung der Qualifikationen verschreibt, die für ein modernes Europa, in dem alle eine aktive Rolle in der Gesellschaft übernehmen können, erforderlich sind.

Forschung und Entwicklung: Universitäten, Forschungsinstitute und Privatunternehmen müssen alle nach Mitteln suchen, um zu gewährleisten, dass sich stabiles Wirtschaftswachstum und Umweltschutz gegenseitig stärken. Um die kreativsten Köpfe anzuregen, hat die Kommission im Rahmen eines gesamteuropäischen Programms zur Forschungsfinanzierung – des 7. Forschungsrahmenprogramms – für 2007-2013 über 50 Mrd. EUR an Beihilfen vorgesehen. Man hofft auf neue Entdeckungen, durch die Europa besser auf dringliche Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftsveränderungen reagieren kann.

Mithilfe der Wirtschaft Veränderungen bewirken: Die EU möchte alle an Wohlstand und Wachstum teilhaben lassen, ohne die Welt, in der wir leben, noch mehr zu schädigen. Durch steuerliche Anreize für „saubere“ Methoden und die Umschichtung von Subventionen sollen die Mittel wirksam zugeteilt werden. So soll statt Arbeit Umweltschädigung stärker besteuert werden, um ein Umdenken zu bewirken. 2001 hat die schwedische Regierung beispielsweise die Besteuerung von Diesel, Heizöl und Strom erhöht und Einkommenssteuer und Sozialversicherungsbeiträge gesenkt. Dadurch konnte Schweden seine Treibhausgasemissionen schneller als erwartet senken. In Dänemark griffen die Verbraucher infolge der Besteuerung hochgiftiger Nickel-Kadmium-Batterien zu weniger schädlichen Produkten.

Kommunikation: Nachhaltige Entwicklung ist ein Kernelement der EU-Maßnahmen. Um hier möglichst großen Erfolg zu erzielen, legt die EU Wert auf Kommunikation. Menschen auf allen Ebenen müssen darüber diskutieren, welche Politiken greifen und welche nicht. Unternehmen müssen mit örtlichen Behörden kommunizieren, staatliche Regierungen mit der EU und regionale Regierungen mit den Bürgern. Steuersysteme, aber auch die Beweggründe für Maß-



nahmen – von lokalen Recycling-Projekten bis hin zur Entwicklungshilfe – müssen von allen verstanden werden.

Kurs halten: Worten müssen Taten folgen. Ab 2007 wird die Kommission alle zwei Jahre einen Fortschrittsbericht über alle EU-weiten Maßnahmen für nachhaltige Entwicklung vorlegen. Weitere Strategien: Gewährleisten, dass politische Akteure aus verschiedenen EU-Ländern voneinander lernen; Informationsaustausch sowie die Schaffung von Indikatoren, um die Wirksamkeit von Maßnahmen präzise zu bewerten.

Einen Unterschied bewirken

Diese Ziele sind nicht nur leere Worte. Wir sind uns dessen bewusst, dass die in dieser Broschüre genannten Maßnahmen jetzt umgesetzt werden müssen. Dazu sind zwei parallele Vorgehensweisen erforderlich, und hier kommt das Konzept der aktiven Bürgerschaft zum Tragen.

Gesetzliche Maßnahmen, Steueranreize, Verursacherprinzip – damit sind wir auf dem richtigen Weg zur nachhaltigen Entwicklung. Leisten wir aber nicht unseren Beitrag, um diese Herausforderungen zu meistern, vererben wir den künftigen Generationen eine verarmte Welt.

Diese Broschüre informiert Sie über die Maßnahmen der EU, aber auch darüber, was Sie selbst tun können. Sie werden darin Details über Maßnahmen auf EU-Ebene sowie einfache, praktische Anregungen für Ihren Alltag finden. Gemeinsam mit der EU können Sie nachhaltige Entwicklung zur Realität machen.





Klimawandel

Den Schaden begrenzen



Der Klimawandel ist keine ferne Bedrohung mehr – er hat uns bereits eingeholt und beschleunigt sich. Weltweit haben viele Gebiete schon jetzt mit steigenden Temperaturen zu kämpfen. Seit dem Beginn der Industriellen Revolution ist es zu einer globalen Erwärmung um $0,76\text{ °C}$ gekommen. Dieser Trend scheint sich fortzusetzen und noch schlimmere Auswirkungen zu zeigen.

Wir Europäer nehmen dies bereits wahr: Dürren, Überschwemmungen, Hitzewellen und Waldbrände nehmen zu. Und das ist nur ein Vorgeschmack auf das, was uns erwartet. Klimatologen des UN-Weltklimarates IPCC warnen vor einem Anstieg um ganze 4 °C von 1990 bis 2100.

Was wir jetzt erleben, ist vor allem die Folge von Milliarden Tonnen CO_2 , die durch die Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas in die Atmosphäre gelangen. Mit diesen fossilen Brennstoffen erzeugen wir Energie für unsere Autos, zum Heizen und für Bürobeleuchtung. Doch wir sitzen auf einer Zeitbombe. Nicht nur unsere Umwelt wird leiden, sondern auch unsere Wirtschaft und Gesellschaft.



Wie sieht die Realität aus?

Die lange als hypothetisch betrachteten Folgen des Klimawandels sind nun unbestritten. Kältere Winter, heißere Sommer – die Jahreszeiten sind immer stärker durch extreme Wetterbedingungen geprägt. Elf der zwölf wärmsten erfassten Jahre lagen zwischen 1995 und 2006. Während sich die einen darüber freuten, bedeutete es für andere eine Katastrophe.

Die brütende Hitze, die 2003 in Europa herrschte, forderte 35 000 Todesopfer; rund die Hälfte davon in Frankreich. Aber auch in Deutschland, Spanien und Italien gab es viele Hitzetote. In Großbritannien wurden erstmals Temperaturen über 38 °C gemessen. Diese Hitzewellen dürften in den nächsten Jahren noch häufiger und intensiver sein. Wenn Europa aber jetzt schon mit dieser Entwicklung ringt, wie wird es dann künftig aussehen? Im 20. Jahrhundert ist die Temperatur in Europa um 0,95 °C angestiegen – das ist mehr als der weltweite Schnitt von 0,76 °C.

Uns erwarten nicht nur heißere und kältere Jahreszeiten, sondern auch feuchtere und trockenere. In Europa bildet sich ein Kontrast heraus: Im Norden wird es feuchter (10-40 % seit 1900) und im Süden trockener (bis zu 20 % seit 1900). Die Folgen – auf der einen Seite Überschwemmungen, auf der anderen Seite Dürren – wirken sich drastisch auf Landwirtschaft und Wasserressourcen aus. Setzt sich der Trend fort, kann die Situation nur dramatischer werden.

Auch die Wirtschaft ist betroffen: Extreme Wetterbedingungen gelten als Ursache für 79 % der wirtschaftlichen Verluste durch Katastrophen. Im Schnitt gab es in den 1990er Jahren doppelt so viele Vorfälle aufgrund von verheerenden Wetterbedingungen wie im Jahrzehnt davor.

Aber auch das Ökosystem verändert sich: Durch das wärmere Klima verlagern sich Pflanzenarten nach Norden, wodurch sich die Artenvielfalt in einigen Gebieten erhöht und in anderen verringert. Aber auch Insekten wandern aus. Zecken beispielsweise sind weiter nördlich denn je zu finden. In weiterer Folge scheint im Baltikum und in Mitteleuropa auch die Zahl der durch Zecken übertragenen Krankheiten anzusteigen.

Eisbären auf dem schmelzenden Packeis der Arktis dienen oft als Symbol für die Folgen des Klimawandels. Weniger bekannt ist aber



die Gletscherschmelze in Europa. Allein im Sommer 2003 ist die Gletscherdecke der Alpen um 10 % zurückgegangen, und Schätzungen zufolge werden in den Schweizer Alpen bis 2050 75 % der Gletscher verschwunden sein.

Sofortiges Handeln ist geboten. „Der Klimawandel ist ein globales Problem, das globale Lösungen erfordert, und zwar nicht in zehn oder zwanzig Jahren, sondern jetzt“, so EU-Kommissionspräsident Barroso anlässlich eines Grönland-Besuchs.

Europa ist bereits betroffen. Am stärksten leiden aber die Entwicklungsländer, denn dort ist das Klima schon deutlich wärmer, und die Bevölkerung ist weitgehend auf die Landwirtschaft angewiesen.

Die Herausforderung ist sehr komplex. Heute stammt Energie vorwiegend aus begrenzten Vorräten an fossilen Brennstoffen, deren Erneuerung Millionen von Jahren dauert. Durch den hohen Verbrauch drohen diese jedoch zu versiegen. Dazu kommt, dass der Energiebedarf laut der Internationalen Energieagentur von 2000 bis 2030 um 60 % steigen dürfte.

Eröffnet sich nicht eine Wunderquelle, bleibt nur, die Effizienz zu steigern, Alternativen zu ermitteln und erneuerbare Energien umfassend zu nutzen.



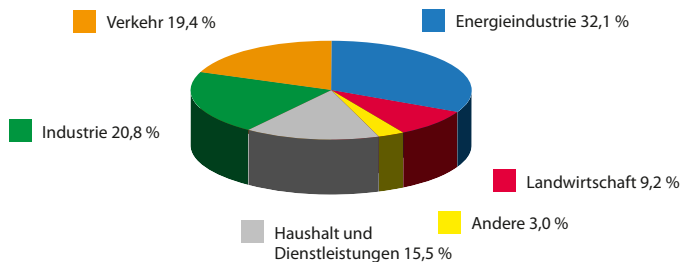
Was tut die EU?

Seit Mitte der 1990er Jahre, als der IPCC erstmals den klaren Zusammenhang zwischen menschlichem Handeln und Klimawandel nachwies, intensiviert die EU ihre Maßnahmen, um dem Problem zu begegnen. Im Rahmen des Kyoto-Protokolls, das 1997 von 140 Ländern unterzeichnet wurde, hat sich die gesamte EU zur Reduktion der Treibhausgasemissionen um 8 % gegenüber 1990 bis zum Jahr 2012 verpflichtet.

Erst kürzlich haben die Regierungschefs anlässlich der Sitzung des Europäischen Rates am 9. März 2007 mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket eine neue Klima- und Energiepolitik vereinbart, die weit über die bisherigen Verpflichtungen hinausreicht. Die Ziele umfassen:

- Verringerung der Treibhausgasemissionen in der EU um 20 % bis 2020, im Fall einer internationalen Vereinbarung um 30 %;
- Steigerung der Energieeffizienz um 20 % bis 2020;
- Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien um 20 % bis 2020;
- Steigerung des Biokraftstoff-Anteils auf 10 % bis 2020.

Ein Blick auf das Diagramm zeigt, dass in der EU die Hauptverursacher von Treibhausgasen die Sektoren Energie, Industrie und Verkehr, dicht gefolgt von Haushalten und Landwirtschaft, sind.



Quellen von Treibhausgasemissionen in der EU 2004 (Europäische Umweltagentur)



© Corbis

Um diese Folgen gezielt abzufedern, hat die EU im Jahr 2000 das **Europäische Programm zur Klimaänderung** entwickelt, das nach Beratungen mit Unternehmen, Wissenschaftlern und NGO Wege zur Senkung der EU-weiten Emissionen, die 14 % der weltweiten Emissionen ausmachen, aufzeigt. Bisher wurden darin 40 Bereiche definiert, die zusammen in Europa eine Verringerung um 16 % gegenüber 1990 ermöglichen.

Die wichtigste Errungenschaft ist das **System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten**, das 2005 eingeführt wurde und das weltweit größte länder- und sektorenübergreifende Emissionshandelssystem ist. Mit seiner Hilfe können Länder ihre im Rahmen des Kyoto-Protokolls vereinbarten CO₂-Ziele erreichen, indem sie mit Ländern handeln, die unter dem Kyoto-Grenzwert liegen. Derjenige, der mehr produziert, zahlt, um die verbleibenden Kapazitäten des anderen Landes zu nutzen, wodurch beide unter dem vereinbarten Zielwert bleiben.

Unter der **Ökodesign-Richtlinie** wird eine Reihe von Maßnahmen erarbeitet, die kosteneffiziente Verbesserungen für Geräte mit hohem Stromverbrauch gewährleisten sollen. Hierbei werden Mindestanforderungen an die Energieeffizienz mit klarer Kennzeichnung kombiniert. Schätzungen zufolge können allein Verbesserungen bei Heizkesseln und Wasserboilern bis 2020 (gegenüber 2004) zu 3 % weniger Gesamtemissionen führen.

Mit der **Energiebesteuerungsrichtlinie** sollen Energieeffizienz und umweltfreundliches Handeln belohnt werden.

Wussten Sie das?

Aluminium-Recycling erfordert nur ein Zehntel der Energie, die bei der Neuproduktion anfällt.



© Corbis

Auch der Verkehrssektor bietet ein großes Potenzial zur Abschwächung des Klimawandels. Derzeit wird eine Reihe von Gesetzesvorschlägen geprüft. Dazu zählen: Einbindung des Flugverkehrs in das Emissionshandelssystem; Steigerung des Biokraftstoff-Anteils; Verringerung der CO₂-Intensität von Brennstoffen; Gleichgewicht zwischen diversen Verkehrsmitteln.

Darüber hinaus arbeitet die EU mit wichtigen Akteuren zusammen, um die wichtigsten Formen der Energieverschwendung zu ermitteln und zu beseitigen und so eine Trendwende zu bewirken: Neue Technologien werden benötigt, um eine effizientere Produktion und Nutzung von Energie zu ermöglichen. Hierfür sind im Rahmen des **7. Forschungsrahmenprogramms für 2007-2013** massive Investitionen vorgesehen. Produkte, Gebäude und Dienstleistungen sollen energieeffizienter und Technologien auf der Basis fossiler Brennstoffe sauberer werden.

Auch durch das Beziehen erneuerbarer Energie sollen nachhaltige Energiequellen verstärkt genutzt werden. Mithilfe von Wasserkraft, Solarenergie, Biokraftstoffen, Biomasse und Geothermie will



die EU gewährleisten, dass bis 2020 20 % des Energiemixes aus erneuerbaren Energiequellen stammen. Biokraftstoffe sind maßgeblich und sollen bis 2020 10 % des Benzin- und Dieselbedarfs der EU decken. Derzeit ist Schweden mit 2,3 % europaweit führend, gefolgt von Deutschland, der Tschechischen Republik und Frankreich.

Wenngleich jede erneuerbare Energiequelle Vor- und Nachteile hat, soll durch Technologie-Investitionen das Potenzial der erneuerbaren Energien genutzt werden, um fossile Brennstoffe zu ersetzen. Eine weitere Alternative ist Biomasse – hier kommt der **Biomasse-Aktionsplan** der EU ins Spiel. Biomasse umfasst alle organischen Feststoffe wie Holz und Holzabfälle, Stroh, Getreidereste sowie pflanzlichen und tierischen Abfall. Sie kann traditionelle Brennstoffe wie Kohle, Erdöl und Erdgas, die knapp vorhanden und umweltschädigend sind, ersetzen. Die EU schätzt, dass der Aktionsplan die Nutzung von Biomasse auf 150 Mio. t Erdöläquivalent im Jahr 2010 steigern wird.

Versorgungssicherheit ist ein wichtiges Anliegen. Somit ist diese eines der Hauptziele des Aktionsplans „**Neue Energiepolitik für Europa**“, der vom Europäischen Rat im März 2007 verabschiedet wurde. Die EU konzentriert sich zwar vorrangig auf ihre Mitgliedstaaten, sie arbeitet aber nicht allein. So gibt es zahlreiche Partnerschaften mit Industrie- und Entwicklungsländern.

Beispielsweise hat die EU mit Russland einen Energiedialog eingeleitet. Dadurch möchte sie bei diesem Land, das 7 % der weltweiten CO₂-Emissionen verursacht, ein hohes Maß an Umweltschutz und nuklearer Sicherheit bewirken. Durch die flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls soll der russische Energiesektor modernisiert werden, um Energieeffizienz und umweltfreundliche Technologien zu fördern.

Mit den USA wiederum wurde ein Energiesparprogramm für Bürogeräte – **Energy Star** – umgesetzt. Computer, Kopierer, Drucker und Bildschirme müssen anspruchsvollen Energieeffizienzkriterien entsprechen. Durch diese Maßnahme sollen innerhalb von drei Jahren 30 TWh an Strom eingespart werden – das entspricht ungefähr Ungarns Strombedarf.

Die EU ist bestrebt, auch China und Indien mit ins Boot zu holen, um gemeinsam intensiver gegen den Klimawandel vorzugehen. Im



Vordergrund stünden hierbei die Entwicklung sauberer Kohletechnologien, mehr Energieeffizienz und verstärkte Nutzung umweltfreundlicher Energien. Sollten sich diese Länder zu einer ihren Möglichkeiten entsprechenden Verringerung der Emissionen verpflichten, ist die EU bereit, noch weiter zu gehen und ihre eigene Verpflichtung auf 30 % anzuheben.

Einen Unterschied bewirken

Haushalte sind für rund 16 % der Treibhausgasemissionen in der EU direkt verantwortlich. Sie verbrauchen 70 % der Energie für Beheizung, 14 % für die Wassererwärmung und 12 % für Beleuchtung und Elektrogeräte. Private Autofahrten verursachen zusätzliche 10 % der EU-weiten Treibhausgasemissionen. Es ist somit enormes Handlungspotenzial vorhanden!

Mit dem **CO₂-Fußabdruckrechner** können Sie ermitteln, wie sehr Sie zur globalen Erwärmung beitragen. Im Internet finden Sie eine Reihe davon, etwa auf der EU-Website: www.mycarbonfootprint.eu.

Dieser Rechner gibt an, wie Sie Ihren Lebenswandel nachhaltiger gestalten können, ohne an Lebensqualität einzubüßen. Glücklicherweise ist das Wirksamste, was wir tun können, auch das Einfachste – und es schont unsere Geldbörse.

Entscheiden Sie sich für saubere Verkehrsmittel. Fahren Sie statt mit dem Auto mit Zug, Bus oder Fahrrad und gehen Sie möglichst viel zu Fuß. Allein dadurch tun Sie viel, um Treibhausgasemissionen zu verringern. Wenn Sie ein Auto kaufen müssen, achten Sie auf geringen Kraftstoffverbrauch und CO₂-Ausstoß.

Ziehen Sie den Stecker, wenn Sie Elektrogeräte nicht verwenden. Sogar im Standby-Modus verbrauchen diese bis zu 60 % des Stroms, den sie im Betrieb benötigen! Greifen Sie zu Energiesparlampen – mit einer bis zu zwölffachen Lebensdauer gegenüber normalen Glühbirnen sind diese auch langfristig billiger.

In der EU verkaufte Haushaltsgeräte tragen ein Etikett, das die Energieeffizienz angibt: von A (hohe Energieeffizienz) bis G (geringe Energieeffizienz). Durch die **Wahl energieeffizienter Produkte** vermeiden Sie unnötige Emissionen und ermutigen Unternehmen, in Forschung und Entwicklung zu investieren.



Wir alle möchten unsere Wohnungen optimal beheizen. Im Winter drehen wir die Heizung an, im Sommer die Klimaanlage. Durch bessere **Isolierung** wird der Energiebedarf geringer. Oft sind Wohnungen überheizt – drehen Sie Ihren Thermostat um 1 °C zurück; Sie werden wenig bemerken, aber viel bewirken. Dadurch senken Sie nicht nur den Energieverbrauch, sondern auch Ihre Heizkosten um bis zu 10 %. Intelligente Entscheidungen bewirken einen erheblichen Unterschied.

„Stecker ziehen, abdrehen, zurückschalten“





Nachhaltiger Verkehr

Einfacher, sauberer, sicherer



Leidet Ihre Stadt zu Stoßzeiten unter lähmendem Verkehrschaos? Müssen Sie ständig versuchen, die im Radio gemeldeten Rückstaus zu vermeiden? Gleich die Autobahn, die Sie benutzen, einem riesigen Parkplatz? Da sind Sie in bester Gesellschaft. Ganz Europa ist betroffen – 7500 Kilometer Straße sind täglich verstopft.

Dieses Ärgernis bedeutet aber weit mehr als nur Zeitvergeudung – auch unsere Umwelt und Gesundheit leiden darunter. Straßenverkehr trägt massiv zum Treibhauseffekt bei. So verursacht dieser ein Fünftel der gesamten CO₂-Emissionen der EU, die von 1990 bis 2004 ohnehin um 26 % gestiegen sind. Trotz Erfindungen wie ABS oder Airbags sterben jedes Jahr immer noch 40 000 Menschen im Straßenverkehr.

Und das ist nur einer der Faktoren; ein weiterer ist der Flugverkehr. Denn angesichts der im internationalen Flugverkehr seit 1990 um 87 % angestiegenen CO₂-Emissionen erregt dieser Bereich große Besorgnis.

Wussten Sie das?

Im Schnitt legt ein EU-Bürger täglich 35 km zurück – 75 % davon mit dem Auto.



Wie sieht die Realität aus?

Um auf das unterschiedliche Maß an Staus, Lärm und Luftverschmutzung zu reagieren, haben nationale und lokale Behörden innovative Strukturen entworfen, um die Verkehrsbelastung zu verringern.

In Deutschland etwa mieten Gesundheitsbewusste beim Call-a-Bike-Service, der derzeit in Berlin, Köln, München und Stuttgart angeboten wird, Fahrräder. In Norditalien sind die Straßen dank der Beteiligung von mehreren Regionen und über vier Millionen Bürgern an Sonntagen autofrei. In Paris ist der Bereich um die Seine dank der Initiative „Paris respire“ an Sonn- und Feiertagen nur für Fußgänger, Rollerskater und Radfahrer zugänglich.

An der Grenze zur Londoner Stadtmitte wiederum wird bei motorisierten Fahrzeugen eine City-Maut erhoben, und für umweltfreundlichere Autos sind Vergünstigungen geplant. Darüber hinaus sollen Fahrer der umweltschädlichsten Fahrzeuge, etwa Spritfresser wie Geländewagen und SUV, verstärkt zur Kasse gebeten werden. Durch einen bedarfsgesteuerten Busdienst im polnischen Krakau gelangen die Bewohner der Randbezirke schneller und bequemer ins Zentrum. Ein Anruf genügt, um ein öffentliches Verkehrsmittel zu bestellen.

Die österreichische Stadt Graz verwertet Altöl aus Haushalten und Restaurants, um ihre gesamte Busflotte mit Biodiesel zu betreiben. 2003 wurde eine eigene Tankstelle eröffnet, bei der man direkt Biodiesel beziehen kann.

Obwohl alle diese Ansätze zur Verringerung der Umweltverschmutzung beitragen und ein sauberes, ausgewogenes Verkehrssystem begünstigen, wird ihr Wirkungsgrad ohne zentrale Koordination begrenzt bleiben. Hier kommt die EU ins Spiel: Die zentrale Koordination bewirkt, dass solche Dienste nicht auf den jeweiligen Wohnort beschränkt sind, sondern dass alle davon profitieren können.



© Corbis



© Corbis

Was tut die EU?

Im Idealfall gibt es keine Staus mehr; alle wählen die saubersten und effizientesten Fortbewegungsmittel, und sauberer Kraftstoff lässt mit toxischen Dämpfen belastete Luft Vergangenheit werden. Um dieses Konzept vom Papier auf die Straße zu bringen, gibt es noch viel zu tun. Deshalb hat die EU beschlossen, in vielen Bereichen Maßnahmen zu koordinieren:

- Verringerung schädlicher Emissionen, um Gesundheit und Umwelt zu schonen;
- Erzielen einer ausgewogenen Nutzung verschiedener Fortbewegungsmittel;
- Senkung der CO₂-Emissionen bei Fahrzeugen auf 140 g/km bis 2009 und auf 120 g/km bis 2012;
- Halbierung der Anzahl der Verkehrstoten (gegenüber 2000) bis 2010.

Mit der 1999 umgesetzten **Eurovignetten-Richtlinie** regt die EU Mitgliedstaaten dazu an, bei Schwertransportern aufgrund der hohen Umweltbelastung Gebühren zu erheben. Die Initiative soll Besitzer umweltfreundlicher Fahrzeuge belohnen.

Derzeit kommt in Europa jede neunte Frachtlieferung aufgrund von Staus zu spät an. Da der Frachtverkehr bis 2010 um 50 % ansteigen dürfte, besteht dringender Handlungsbedarf. Mit dem Programm „Marco Polo“ soll durch die kombinierte Nutzung verschiedener Verkehrsmittel und durch effiziente, kostengünstige und nachhaltige Transportketten das Gleichgewicht wiederhergestellt werden.

Um künftige Maßnahmen festzulegen, hat die Kommission ein neues **Grünbuch zur Mobilität in der Stadt** verabschiedet, das neue Ansätze zur Förderung der Nutzung nachhaltiger und energieeffizienter Verkehrslösungen wie öffentlicher Verkehr oder nichtmotorisierte Fahrzeuge umfasst. Im Grünbuch wird auf alle Arten der Fortbewegung – zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit motorisierten Fahrzeugen – und sowohl auf städtischen Frachtverkehr (bzw. Logistik) als auch auf Personenverkehr eingegangen. Darüber hinaus wird die Notwendigkeit eines integrierten politischen Ansatzes betont.

Wussten Sie das?

Eine Person, die von London nach New York und zurück fliegt, verursacht ebenso viele Emissionen wie die Beheizung einer durchschnittlichen Familienwohnung in der EU in einem Jahr.



Da die Autohersteller das 1999 gesetzte freiwillige Ziel von 140 g/km bis 2009 nur unzureichend erfüllen werden, sind bereits neue Gesetze in Arbeit, um die CO₂-Emissionen zu senken. Derzeit stoßen Fahrzeuge im Schnitt 163 g/km aus.

Auch der Flugverkehr wurde ins Visier genommen. So soll dieser ab 2012 in das Emissionshandelssystem der EU einbezogen werden, wodurch die beteiligten Länder Zertifikate handeln können. Dadurch ist bis 2020 in diesem Bereich eine Senkung der CO₂-Emissionen um 46 % möglich.

Zur Halbierung der Anzahl an Verkehrstoten in der EU bis 2010 läuft eine Reihe von Initiativen, die sich bereits bewähren. Das **transeuropäische Verkehrsnetz** bringt durch bessere Infrastruktur und technische Planung mehr Sicherheit auf die großen Straßen Europas. Auch die schwächsten Verkehrsteilnehmer – Fußgänger, Radfahrer und Motorradfahrer – sind dank einem Gesetz, das für Schwerlastler Weitwinkelspiegel vorschreibt, sicherer unterwegs. Darüber hinaus werden noch weitere Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Um zur Nutzung der Technologie des elektronischen Stabilitätsprogramms anzuregen, die eine Verringerung der Verkehrsunfälle um 20 % bewirken soll, wurde die Kampagne „**eSafety Aware**“ gestartet.

Einen Unterschied bewirken

Bilden Sie möglichst oft **Fahrgemeinschaften**. Eltern wissen, wie praktisch diese für den Schulweg sind. Wie wäre es aber, wenn Sie auf dem Weg zur Arbeit einen oder zwei Kollegen mitnehmen? Und falls Sie in einer Stadt leben und mit den **öffentlichen Verkehrsmitteln** überallhin gelangen, versuchen Sie es doch damit! Autos sind etwas für Gewohnheitstiere. Es geht aber auch anders. Vielleicht merken Sie, dass der Tag ohne Stau und die leidige Parkplatzsuche einfach besser beginnt.

Tun Sie sich etwas Gutes – mit dem **Fahrrad**. Es schont nicht nur die Umwelt, es hält Sie auch fit. In ganz Europa gibt es immer mehr öffentliche Fahrradverleihe – z. B. Call-a-Bike (Deutschland), Vélo à la Carte (Frankreich) und OV Fiets (Niederlande).



Wenn Sie mit dem Auto fahren, muss **Sicherheit** Vorrang haben:

- Durch das Anlegen von Gurten könnte es in der EU 5 500 weniger Tote geben. Denn nach Rasen ist Fahren ohne Gurt die zweite Todesursache im Verkehr, noch vor Alkohol am Steuer.
- Fahren Sie vorausschauend – so sparen Sie Kraftstoff und Geld und senken außerdem die Emissionen.
- Hören Sie langsame Musik – nicht nur Schnelfahren ist tödlich. Schnelle Musik erhöht Ihr Unfallrisiko.
- Auch die Farbe Ihres Autos trägt zur Sicherheit bei – hellere Autos sind sichtbarer. Silber gilt als die sicherste Farbe, gefolgt von weiß, gelb, rot und blau.
- An das Körpergewicht angepasste Sicherheitsvorrichtungen für Kinder mit einer Größe unter 1,35 Metern verringern das Risiko schwerer Verletzungen.



„Holen Sie das Beste aus Ihrem Fahrrad – schnappen Sie Frischluft.“



Verbrauch und Produktion

KAPITEL



Ressourcen von Anfang bis Ende intelligenter nutzen



Von Wegwerfkameras bis hin zu Elektrogeräten, deren Ersatz weniger kostet als die Reparatur – Wegwerfen ist Teil unseres Alltags. Denken Sie an alles, was Sie kaufen und täglich verwenden, und denken Sie dann an die weiteren 1,7 Milliarden Mitglieder der Konsumgesellschaft – sie tun dasselbe.

Während der letzten Jahrzehnte ist unser Lebensstandard gestiegen, und immer mehr Menschen nutzen Güter und Dienstleistungen, die für sie bislang nicht verfügbar waren. Gleichzeitig aber zählt die Art, wie wir diese Produkte konsumieren und herstellen, zu den größten Belastungen unserer Umwelt. Verbrauch und Produktion übersteigen erheblich die Belastungskapazität der Erde, die Grundlage für unseren Reichtum und unser Wohlbefinden ist.

Diese Belastungen steigen mit zunehmender Bevölkerungszahl. Das Ergebnis? Zersiedelung, Verminderung der Bodenqualität, Austrocknung oder Verschmutzung von Fließgewässern – und ständig müssen wir nach neuen Mitteln suchen, um unseren Abfall zu entsorgen. Wir schürfen Mineralien, ohne an morgen zu denken, während unsere 24-Stunden-Fabriken immer mehr Treibhausgase in den Himmel blasen. Das sind nur einige Beispiele der Kosten, die sich hinter dem geringen Preis von Fleisch aus intensiver Tierhaltung oder der neuesten Techno-Spielerei verbergen.

Wussten Sie das?

In den 1960er Jahren gab es in einem durchschnittlichen europäischen Lebensmittelgeschäft 2000 Produktlinien. Ein moderner Supermarkt bietet mehr als 15 000.

In der EU unterteilt sich der Verbrauch in vier große Kategorien: Lebensmittel und Getränke; Wohnen; Privatreisen und Mobilität; Tourismus.

Die negativen Folgen von Produktion und Verbrauch in Europa machen sich in anderen Teilen der Welt bemerkbar. Laut der Europäischen Umweltagentur beziehen wir für unseren Verbrauch zunehmend Ressourcen aus dem Ausland. Dies belastet die Umwelt in anderen Regionen der Erde.

Wie sieht die Realität aus?

Durch die modernen Konsumgewohnheiten werden Ressourcen verschwendet, und oft geben wir viel Geld für nicht nachhaltige Produkte aus, die uns und der Gesellschaft alles andere als zuträglich sind. Wir müssen nachhaltigen Konsum schaffen, der sowohl auf wirtschaftliche Effizienz als auch auf das allgemeine Wohl der Gesellschaft und der Umwelt ausgerichtet ist.

Einkaufen ist zu einem Merkmal unserer Kultur und in einigen EU-Ländern zu einer der beliebtesten Freizeitaktivitäten geworden. Die Werbung regt Kinder dazu an, ihr Taschengeld auszugeben oder auf ihre Eltern einzuwirken – laut Unesco haben die Einnahmen durch Werbung für Kinder allein in der EU 1 Mrd. EUR pro Jahr erreicht.

Unsere Produktions- und Kaufgewohnheiten müssen sich ändern.

Verläuft der Trend weiter so, könnte sich der Energiebedarf angesichts des Bevölkerungswachstums und der wachsenden Wirtschaft der Entwicklungsländer bis zum Jahr 2050 verdoppeln. Daher ist es unbedingt notwendig, dass wir ressourcenschonendere Produkte und Dienstleistungen entwickeln.

Diese Ziele erfordern umfangreiche Bemühungen. Wir alle müssen mithelfen: internationale Organisationen, öffentliche Hand, Produzenten, Einzelhändler, Verbraucher und alle, die für die Bildung unserer Kinder und der Bevölkerung zuständig sind.



© Corbis



© Gröbbs

Was tut die EU?

Nachhaltigkeit bei Verbrauch und Produktion erfordert eine Änderung unserer Produktions-, Kauf- und Wegwerfgeohnheiten. Die EU hat wichtige Ziele definiert, um dies zu ermöglichen:

- Entkoppelung des Wirtschaftswachstums von Umweltschädigung;
- Anregung von Unternehmen und der Bevölkerung, nachhaltig produzierte Güter zu verwenden;
- Verpflichtung der Behörden in ganz Europa, umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen zu beziehen. Dies ist in manchen Ländern schon der Fall. Bis 2010 will die EU alle Mitgliedstaaten dazu bringen, mit den Ländern gleichzuziehen, die am meisten umweltschonende Produkte und Dienstleistungen beziehen;
- Vergrößerung des Marktes für umweltfreundliche Technologien und Innovationen;
- Verbesserung des Tierschutzes innerhalb und außerhalb der EU.

Auf europäischer Ebene werden die Ziele durch vielfältige Maßnahmen erreicht.

Im Januar 2004 hat die EU ihren **Aktionsplan für Umwelttechnologie (ETAP)** umgesetzt. Beispiele von Umwelttechnologien sind Recycling-Systeme für Industrieabwässer, energieeffiziente Automotoren und Bodenverbesserungstechniken. Schwerpunkt des ETAP ist die Schaffung von alternativen, umweltschonenderen Produktionsmethoden.

Die im Dezember 2005 vorgeschlagene **thematische Strategie für eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen** ist auf 25 Jahre angelegt. Sie soll gewährleisten, dass der Ressourcenverbrauch und seine Folgen die Regenerationskapazität der Umwelt nicht übersteigt und Wirtschaftswachstum und Ressourcennutzung entkoppelt werden.



Wie sehr Güter, die wir kaufen, die Umwelt belasten, soll durch die 2003 beschlossene **Integrierte Produktpolitik** ermittelt werden. Hierbei kommen Designer, Hersteller, Marketingunternehmen, Einzelhändler und Verbraucher zusammen, um ihr Möglichstes zu tun, die negativen Auswirkungen eines Produktes während seiner gesamten Lebensdauer zu verringern.

Um die Verbraucher darüber zu informieren, wie umweltfreundlich ein Produkt ist, wurde 1992 das **EU-Umweltzeichen** geschaffen. Das Blumenlogo garantiert, dass ein Produkt umweltfreundlicher als vergleichbare Produkte am Markt ist. Um das EU-Umweltzeichen zu erhalten, muss das Produkt strenge Kriterien erfüllen, die seine Auswirkungen auf die Umwelt – von der Produktion über den Gebrauch bis hin zu seiner Entsorgung – berücksichtigen. Das Programm wurde mittlerweile auf Dienstleistungen erweitert. So umfasst es auch die Bewertung von Campingplätzen und anderen Tourismuseinrichtungen.

Kampagnen wie „**Buying Green**“ und das **EU-Öko-Audit (EMAS)** wurden von der EU gestartet, um einen Einfluss auf die Geschäftswelt auszuüben. Mit dem Buying-Green-System möchte die EU ein Beispiel setzen, indem es Richtlinien formuliert, die öffentlichen Einrichtungen die Wahl ihrer Auftragnehmer und Lieferanten auf der Grundlage der umweltfreundlichen Beschaffung (GPP) erleichtern.

Das EMAS vernetzt verantwortungsbewusste Unternehmen, indem es sie ermutigt, diesem Beispiel zu folgen und ihre Erfahrungen auszutauschen.

Der **Aktionsplan der Gemeinschaft für den Schutz und das Wohlbefinden von Tieren 2006-2010** legt eine

Gesamtstrategie sowie eine Reihe konkreter Maßnahmen zur Verbesserung des Tierschutzes vor. Er erläutert, wie Verbraucher durch fundierte Entscheidungen die Lebensbedingungen von Tieren verbessern können.

Mit dem Wunsch, diese Initiativen zu verstärken, plant die Kommission, einen **Aktionsplan für Nachhaltigkeit in Verbrauch und Produktion** vorzulegen.

Wussten Sie das?

Die europäischen Behörden geben rund 16 % des BIP der Union (Wert der gesamten Wirtschaftsleistungen) aus. Durch die Verwendung ihrer Kaufkraft für umweltfreundliche Güter und Dienstleistungen leisten sie einen wesentlichen Beitrag.



© Corbis

Einen Unterschied bewirken

Sie kaufen, Sie bestimmen, Sie besitzen Macht. Bei jedem Einkauf treffen Sie Entscheidungen. Wie Sie reisen, was Sie essen und wie Sie zuhause leben – all das wirkt sich auf die Umwelt aus. Somit sollte nicht allein der Preis ausschlaggebend sein. Wenn Sie weitere Kriterien hinzufügen, bewirken Sie einen Unterschied. Hier einige Anregungen:

Reisen und Tourismus florieren und haben in den vergangenen 50 Jahren erheblich zugenommen. Andere Orte, Menschen und Kulturen kennenzulernen bereichert unser Leben und kann unseren Horizont erweitern. Diese Entwicklung bedroht aber mitunter jene Orte, an die wir gerne reisen. Angemessene Antworten auf Fragen wie Abwasserbehandlung, Beschäftigung lokaler Einwohner, Respekt gegenüber einheimischen Kulturen, Bauweisen, Staus, Wasserversorgung und sorgsamer Umgang mit natürlichen Ressourcen können Ihnen die **Wahl erleichtern** und nachhaltige Praktiken an Ihrem Urlaubsort stärken.

Wenn Sie wieder zuhause sind, achten Sie beim Kauf von Haushaltsgeräten auf zertifizierte Energieeffizienz. Halten Sie nach dem **Energy Star** oder einer Bewertung wie „AAA“ Ausschau, denn



diese zeigen an, dass das Gerät auch Kosten sparen hilft. Achten Sie auch auf das EU-Umweltzeichen – es belegt, dass die Umwelt während des gesamten Lebenszyklus eines Produktes geschont wird. In dieses System fällt eine breite Palette von Produkten – von Seifen, Shampoos und Reinigungsmitteln bis hin zu Touristenunterkünften und Campingplätzen.

Greifen Sie zu nachhaltig produzierten Lebensmitteln. Kaufen Sie auf dem **Bauernmarkt** ein, denn dort erhalten Sie frische Ware und unterstützen lokale Arbeitsplätze. Wenn Sie Fleisch aus Bio- oder Freilandhaltung kaufen, tragen Sie zur Verringerung des Chemikalieneinsatzes bei. Prüfen Sie Etiketten auf Informationen über die Tierhaltung.

Kaufen Sie, wenn möglich, **Fair-Trade-Produkte**, denn dieses Zertifikat garantiert, dass die Ware nachhaltig produziert wurde. Wenn Sie in Ihrem Geschäft keine Fair-Trade-Produkte finden, dann bitten Sie, dass diese in den Bestand aufgenommen werden. Verschaffen Sie sich Gehör!

Wenn Sie überlegen, etwas zu ersetzen oder nachzurüsten, stellen Sie sich die Frage:

Brauche ich das wirklich? Oder bin ich durch geschickte Werbung beeinflusst?

Warum nicht verschenken? Es ist intakt, aber ich benötige ein neues – gibt es eine Wohltätigkeitseinrichtung, die es für einen guten Zweck verwenden kann? Oder eine Einrichtung, die für Bedürftige billig Möbel anbietet? Oder eine Einrichtung, die alte Computerbildschirme repariert, um sie an Schulen in Entwicklungsländern weiterzugeben? Löst Ihr Büro seinen gesamten IT-Bestand auf? Fragen Sie herum – Sie haben es in der Hand!

Ist es wirklich beschädigt? Wenn das Gerät nicht mehr funktioniert, ist vielleicht nur ein Kurzschluss schuld. Überprüfen Sie den



Stecker: Wenn es wirklich kaputt ist und entsorgt werden muss, dann tun Sie dies auf umweltfreundliche Weise.

Kann das Produkt recycelt werden? Wenn das möglich ist, es sich aber um ein elektrisches oder elektronisches Gerät handelt, beachten Sie die Recycling-Vorgaben. Oft ist der Hersteller verpflichtet, das Produkt zu entsorgen. Dadurch sparen Sie Zeit und Geld.

Es ist an der Zeit, intelligent zu konsumieren – bessere Produkte, die nachhaltiger produziert wurden.

„Ist es wirklich kaputt?“





Natürliche Ressourcen

Unsere Umwelt schützen



Möglicherweise gibt es in freier Wildbahn nur noch 20 bis 30 Südchinesische Tiger – die genaue Anzahl lässt sich nur schwer ermitteln. Bekannt ist aber, dass es allein in Amerika mehr Tiger in Privatbesitz gibt als in der gesamten Wildnis. Die Population der Iberischen Luchse, die näher bei uns leben, ist so stark bedroht, dass sie die erste Großkatzenart sein könnte, die seit dem Säbelzähntiger ausstirbt. Das sind nur einige Beispiele für die Auswirkungen des Menschen, die sich in der Luft, im Meer und an Land bemerkbar machen.

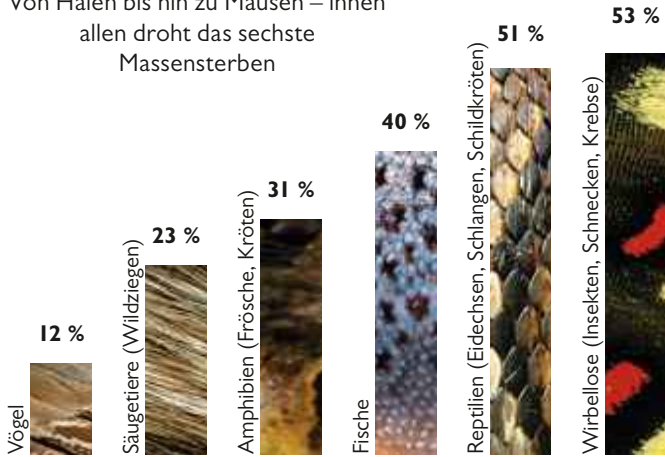
Die fünf geologisch erfassten Massensterben wurden von Naturkatastrophen und Umweltveränderungen bewirkt.

Nun zeichnet sich das sechste ab, und dieses Mal ist es unbestritten – die Ursache sind wir. Nach Jahrhunderten der Missachtung unserer Umwelt bleiben uns weniger Pflanzen- und Tierarten als Statistiken über diese.

Und nicht nur Tiere und Pflanzen sind betroffen. Die Universitäten Augsburg und Yale haben gemeinsam untersucht, wie groß die Mineralienressourcen noch sind und wann diese angesichts der aktuellen Entwicklung erschöpft sein werden. Die Ergebnisse des Jahres 2006 zeigten, dass Platin noch 15 Jahre, Silber 15-20 Jahre und Zink 20-30 Jahre verfügbar sein werden. Die Forscher merkten an, dass Technologien und Bevölkerungswachstum die Verfügbarkeit wichtiger Ressourcen noch verkürzen könnten.



Von Haien bis hin zu Mäusen – ihnen allen droht das sechste Massensterben



Anteil der als bedroht klassifizierten Arten

* Weltnaturschutzunion (IUCN) (2006)

Wie sieht die Realität aus?

Logisch wäre es, angesichts der schrumpfenden Vorräte die verfügbaren Produkte besser zu nutzen. Der Geologische Dienst der Vereinigten Staaten (USGS) hat den Anteil an recycelten Materialien an unserem Verbrauch analysiert. Dabei stellte sich heraus, dass nur 26 % des Altmetalls, 31 % des Kupfers und 26 % des Zinks recycelt werden.

Während der unterirdische Mineralienbestand zunehmend erschöpft ist, sieht es über der Erde nicht besser aus. Korallenriffe, Nebelwälder, Prärien – sie alle werden durch Fischerei und Landwirtschaft abgetragen, durch Schleppnetzerei geschädigt oder für die Rinderzucht und Kaffee- oder Sojaplantagen gerodet. Für Tiefbauprojekte wie Straßen und Staudämme wird Wildnis zerstört, und Flüsse werden verschlammte.

Wussten Sie das?

Seit Jahrzehnten spricht man von Rodungen im Amazonasgebiet, und dabei hat Singapur bisher 95 % seiner Wälder eingebüßt. Wird künftig mit demselben Tempo weitergerodet, könnte diese Zahl in Südostasien bis 2100 74 % betragen.

Auch der Klimawandel ist maßgeblich beteiligt: So hat eine kürzlich von der Weltnaturschutzunion (IUCN) durchgeführte Modellierung ergeben, dass die Eiskecke des Meeres in den nächsten 50-100 Jahren



drastisch zurückgehen wird. Dies wird für Eisbären verheerende Folgen haben. Deren Population soll in den nächsten 45 Jahren um mindestens 30 % schrumpfen. Dazu kommen Bedrohungen wie Umweltverschmutzung, Störung durch den Schiffsverkehr, Freizeitausflüge, Erkundung und Erschließung von Erdöl- und Erdgasfeldern sowie ein mögliches Risiko der Überjagung – ob legal oder illegal.

In vielen Ländern der Welt hat man erkannt, dass eine Haltungsänderung notwendig ist. Am Ende des vergangenen Jahres wurde im Norden Brasiliens eine Fläche von 16,4 Mio. ha – so groß wie Portugal und Irland zusammen – unter Naturschutz gestellt. Diese neuen Schutzzonen, die mit dem bislang größten Schutzgebiet des Amazonas verbunden wurden, bilden den größten Schutzkorridor der Welt. Dieser Status bewahrt vor illegaler Abholzung, Sojaanbau und Bergbau.

Anlässlich des Weltgipfels in Rio de Janeiro im Jahr 1992 haben 150 Regierungen eine Konvention über Artenvielfalt unterzeichnet. Diese anerkennt, dass Artenvielfalt mehr als nur Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen und ihre Ökosysteme bedeutet – vielmehr deckt sie den Bedarf des Menschen an sicherer Lebensmittelversorgung, Arzneimitteln, guter Luft, Trinkwasser, Unterkunft und einer sauberen und gesunden Umwelt.

Freiwillige Maßnahmen, etwa das Moratorium der Internationalen Walfangkommission, das den Schutz der Wale vor den Verheerungen des industriellen Walfangs sicherstellen soll, können jedoch leicht gekippt werden. So steht das Moratorium auf wackeligen Beinen und muss vehement gegen die Anfechtung durch Norwegen, Island und Japan verteidigt werden.

Gesetze sind unverzichtbar, aber auch eine Zusammenarbeit, um erforderliche Maßnahmen zu ermitteln und das Erreichen der Ziele zu gewährleisten: Hier kommt die EU ins Spiel.



Was tut die EU?

Bestrebungen, die globale Erwärmung zu stoppen, den von uns produzierten Abfall zu behandeln, Fischfangquoten zu senken – all das zeigt, dass die EU es ernst meint.

So arbeitet sie daran, natürliche Ressourcen besser zu verwalten und Raubbau an diesen zu vermeiden, um die Nutzung an die Regenerationsfähigkeit dieser Quellen anzupassen. Die Ziele sind:

- zum Stopp und zur deutlichen Verringerung des weltweiten Verlusts an Artenvielfalt bis 2010 und darüber hinaus beizutragen;
- in Einklang mit dem Aktionsplan von Johannesburg (2002) bis 2015 zerstörte marine Lebensräume zu säubern und Raubbau an Fischbeständen zu vermeiden;
- bis 2015 die im Bereich des Waldschutzes von der UNO gesetzten Ziele zu erreichen;
- effizientere Nutzung, um mit wenig Aufwand viel zu erreichen und so einen Wettbewerbsvorteil zu erzielen;
- Recycling zu fördern und Abfall zu vermeiden.

Diese Ziele sollen durch vielfältige Maßnahmen erreicht werden.

Mehr als 26 000 Gebiete, insgesamt so groß wie Deutschland und Italien, wurden im Rahmen des **Programms Natura 2000** auf der Grundlage der **Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie** und der **Vogelschutzrichtlinie** ausgewählt. Diese Gebiete bilden heute ein europäisches Netz von geschützten Zonen, ausgewählt von den EU-Staaten, die wiederum gesetzlich zu deren Schutz verpflichtet sind.

Die EU ist der UN-Konvention zur biologischen Vielfalt beigetreten, die die Bedeutung unseres Naturerbes anerkennt. Die 2006 veröffentlichte **Mitteilung der EU zur biologischen Vielfalt enthält** einen detaillierten Aktionsplan zur Eindämmung des Verlusts an biologischer Vielfalt bis 2010.

In Landwirtschaft und Fischzucht wurde bereits viel verändert. So wurde die **Gemeinsame Fischereipolitik** reformiert und der Schwerpunkt der Gemeinsamen Agrarpolitik von der Subventionierung von Agrarprodukten auf die allgemeine Unterstützung der Landwirte verlagert. Neue Gesetze in den Bereichen Tierschutz und biologische Lebensmittel, Hygiene und Lebensmittelqualität berücksichtigen Probleme wie die Kritik, dass intensivere Landwirt-



© Gornis



© Corbis

schaft an BSE schuld sei, an dioxinverseuchter Milch, künstlichen Hormonen in Fleisch und anderen gesundheitlich bedenklichen Problemen.

Bereits seit langem sind die Meere von Verschmutzung und Überfischung betroffen, und nun wirkt sich der Klimawandel aus. Durch die **EU-Strategie für den Schutz und den Erhalt der Meeresumwelt** sollen die europäischen Gewässer bis 2021 wieder in gutem ökologischem Zustand sein. Die EU-Länder müssen eine detaillierte Bewertung vorlegen, erläutern, was für sie ein guter ökologischer Zustand ihrer Meere bedeutet, Ziele setzen und Überwachungsprogramme definieren. Darüber hinaus wird man eng mit Nicht-EU-Staaten zusammenarbeiten, die über dieselben Gewässer verfügen. Für 2008 hat sich die EU die Umsetzung einer gemeinsamen Meerespolitik zum Ziel gesetzt.

Die **Wasserrahmenrichtlinie** schreibt die Analyse der Wasserqualität in jedem Flussgebiet mit spezieller Konzentration auf empfindliche Gebiete vor. Die vorhandene Menge soll mit dem Bedarf an Bewässerung, der Energieproduktion, dem Trinkwasserverbrauch und der industriellen und ökologischen Nutzung gegengerechnet werden.

2006 gewährleistete die EU den Schutz von 38 % ihrer Wälder. Der **Forstaktionsplan** läuft von 2007 bis 2011 und verfolgt vier Hauptziele: Steigerung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit; Verbesserung und Schutz der Umwelt; mehr Lebensqualität sowie bessere Koordination und Kommunikation.

Unsere natürlichen Ressourcen zu schützen bedeutet nicht nur, ihre Ausbeutung zu verhindern, sondern möglichst viel zu verwerten und zu recyceln. Was wir nicht benötigen, müssen wir möglichst umweltschonend entsorgen.

Zu diesem Zweck wurde im Dezember 2005 die **Thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling** verabschiedet – eine Langzeitstrategie, die Europa zu einer Recycling-Gesellschaft machen soll, die Abfall vermeidet oder als Ressource nutzt.

Die **IPCC-Richtlinie** ist ein Eckpfeiler der EU-Gesetzgebung. Sie konzentriert sich auf Industrieanlagen, die die Umwelt stark gefährden könnten. Solche Anlagen werden nur zugelassen, wenn eine Genehmigung mit Auflagen in Bezug auf Luft-, Wasser- und Bodenschutz erteilt wurde. Abfälle müssen gering gehalten und mög-



liche Unfälle abgeschätzt und vermieden werden, und falls nötig, muss der Standort saniert werden. Diese Anforderungen müssen aufgrund der besten verfügbaren Techniken (BVT) erfüllt werden.

Einen Unterschied bewirken

Wie wir Wasser und Energie nutzen, wie wir unsere Häuser planen und Abfall entsorgen, ob wir unsere Gärten, Parks und unberührte Landschaften genießen oder nicht – all das sind Faktoren, die sich auf unsere Erde auswirken. Von Projekten zur Möbel- und Kleidungsverwertung bis hin zu Spendenaktionen für Orang-Utans: Jeder Einzelne kann mithelfen.

Sie können mithelfen, wieder Natur in die Stadt zu bringen. Setzen Sie **einheimische Pflanzen**, um Vögel, Eidechsen, Frösche und Insekten anzulocken. Solche Hausgärten, kombiniert mit Bäumen am Straßenrand, bilden Naturkorridore, die Überreste von Buschwerk und Wäldern miteinander verbinden und so tierische Lebensräume vergrößern. Befürworten Sie einheimische Pflanzen, denn Importpflanzen können Schaden anrichten – ein typisches Beispiel: der Japanische Knöterich. Denken Sie daran, dass jeder Baum nicht nur Wildtieren einen Lebensraum bietet, sondern auch die Luftgüte verbessert. Wählen Sie für Ihren Garten **umweltfreundliche Produkte** statt Kreosot und Lacken mit hohem Gehalt an flüchtigen organischen Verbindungen. Das Produktetikett gibt Aufschluss darüber.

Abgesehen vom Hausgarten warten aber auch Parks und Wälder auf Sie. Was man mit eigenen Augen erlebt, lernt man eher schätzen – unternehmen Sie mit Ihrer Familie ein Picknick im Grünen.

Und sollten Sie mehr als einen Tag Zeit haben, dann vergessen Sie nicht die **Naturreservate**, die frei lebenden Tieren Schutz und Naturkennern eindrucksvolle Beobachtungen bieten.

Wichtig ist es, Kinder einzubeziehen und zu sensibilisieren. Hierzu bietet das Internet Anregungen. Wenn Sie in der Nähe eines Sees oder Flusses wohnen, sollten Sie ermitteln, ob dort ein Unternehmen Unkraut jäten würde, und wenn Sie am Waldrand wohnen, ob Waldpflegearbeiten angeboten werden. Gönnen Sie sich und der Umwelt mehr Gesundheit.



Zur Steuerung des Wasserverbrauchs beginnen Sie am besten beim Badezimmer. Wenn Ihr WC keinen wassersparenden Spülkasten besitzt, legen Sie einen Ziegel oder eine gefüllte, verschlossene Flasche hinein. Dadurch wird der Wasserstand erhöht und weniger Spülwasser verbraucht. Duschen ist sparsamer als Baden, und mit einem Durchlaufbegrenzer bewirken Sie noch mehr. Was nicht bedeutet, dass Ihre Dusche dann nur noch tröpfelt! Moderne Duschköpfe mischen das Wasser mit Sauerstoff; und durch den geringeren Heißwasserverbrauch sparen Sie bei einer ebenso ausgiebigen Dusche auch noch Strom.

„Greifen Sie zu umweltfreundlichen Gartenprodukten.“





Öffentliche Gesundheit

Gesundheit und Wohlbefinden für alle



Vogelgrippe, BSE, Aids, die ständig wachsende Zahl an Fettleibigen und alles, was dazugehört – keine Woche vergeht, ohne dass man von den neuesten Gesundheitsproblemen hört. Die Sorgen der Bevölkerung lösen Diskussionen aus, und wir möchten sicher sein, dass die Regierung die erforderlichen Schutzmaßnahmen ergreift.

Bedrohungen durch Umweltfaktoren, etwa Luftverschmutzung durch die Industrie, können wir als Einzelpersonen schwer eindämmen. Andere Probleme, die durch unseren Lebenswandel bewirkt werden, etwa Luftverschmutzung durch Tabakrauch, können Regierungen wiederum schwer eindämmen. Fest steht, dass Bürger und Politiker zusammenarbeiten müssen.

Wie sieht die Realität aus?

Das stetige Wirtschaftswachstum, verbesserte Gesundheitsdienste, bessere Wohnverhältnisse und Ernährung sowie eine gebildete Bevölkerung haben zu einer höheren Lebenserwartung geführt. Die Anzahl an schweren Arbeitsunfällen ist gesunken, die Selbstmordrate geht, obwohl sie in einigen Ländern noch hoch ist, in vielen Teilen Europas zurück, und auch einige Arten von Lebensmittelvergiftungen sind seltener geworden.

Wir haben sehr viel erreicht. Sobald aber ein Problem gelöst ist, zeichnet sich das nächste ab. Luftverschmutzung durch Partikel, die für uns unsichtbar sind, außer, wenn sie sich zu Smog häufen, sowie

Wussten Sie das?

Im Rahmen des EU-Programms „Saubere Luft für Europa“ (CAFE) hat man erkannt, dass im Jahr 2000 350 000 Europäer aufgrund von Außenluftverschmutzung frühzeitig verstorben sind. Dadurch ergibt sich ein durchschnittlicher Verlust an Lebenserwartung um neun Monate.

die Freisetzung giftiger Chemikalien in die Umwelt stellen erhebliche Probleme dar. Sie wirken sich nicht nur auf uns, sondern auch auf die Tiere aus, mit denen wir unseren Planeten teilen – vom Eisbären im hohen Norden bis hin zum Albatros am Himmel über den südlichen Meeren.

Bedrohungen durch verseuchte Umwelt: Das Phänomen des Kanarienvogels im Kohlebergwerk, der durch Gasvergiftung zugrunde geht und dadurch den Bergarbeiter zur Flucht ermahnt, gibt es auch in moderner Form. Wildtiere können uns eindeutige Hinweise auf das Maß an giftigen Chemikalien in der Umwelt geben und sterben oft, bevor wir uns überhaupt des Problems bewusst sind. Dies sollte uns wachrütteln, denn was auch immer sie umbringt – es kann auch für uns schädlich sein. Die Kadaver von Beluga-Walen, die im kanadischen St.-Lawrence-Fluss gefunden wurden, waren so verseucht, dass sie als Giftmüll entsorgt werden mussten. Der WWF, der die Bevölkerung im Rahmen seiner DETOX-Kampagne über die Situation informiert, erklärt, dass es kaum ein Tier auf der Erde gibt, das noch nicht menschengemachten Chemikalien ausgesetzt war. Diese werden zu unschuldigen Opfern der von uns produzierten Gifte.

Und was bewirkt das bei uns? Im Rahmen der EU-Initiative SCALE hat eine auf Kinder bezogene Analyse von umweltbedingten Erkrankungen vier Hauptkategorien ergeben: Krebs, Atemwegserkrankungen wie Asthma, Entwicklungsstörungen und die Störung der natürlichen chemischen Interaktion in unserem Körper (endokrine Disruption). Die Verbindung zwischen Belastung durch Umweltverschmutzung und ihren Auswirkungen sind von Alter, Expositionsdauer, unserem genetischen Aufbau und dem abhängig, was im Bericht als „Cocktail-Effekt“ bezeichnet wird – die Mehrfachbelastung durch Luft-, Wasser und Lebensmittelkontamination.

Gefahren durch unseren Lebenswandel: Zu viel Alkohol, Rauchen, mangelnde Bewegung,



© Corbis



Medikamentenmissbrauch oder der Genuss von ungesunden Speisen sind nur einige der gesundheitlichen Gefahren. Tabakrauch ist die häufigste vermeidbare Todesursache in der EU: Man schätzt, dass 25 % aller Krebs-Todesfälle und 15 % der Todesfälle in der EU auf Rauchen zurückgeführt werden können.

Der tägliche Stress, den uns ein von Effizienz geprägter Lebenswandel beschert, und mitunter Süchte wie Alkoholismus, aber auch Gewalt oder Missbrauch – all das wirkt sich direkt oder indirekt auf unsere Gesundheit aus. Auch Depressionen und anderen mentalen Erkrankungen kommt im Bereich der öffentlichen Gesundheit immer mehr Aufmerksamkeit zu. Ein im Rahmen des Projekts Eurosave veröffentlichter Bericht kommt zu dem Schluss, dass alleinstehende Männer, Drogenabhängige und Arbeitslose am stärksten selbstmordgefährdet sind, wobei die Rate in den nördlichen EU-Ländern höher als in den Mittelmeerländern ist.

Wussten Sie das?

Die jährliche Selbstmordrate ist höher als jene der Verkehrstoten. Jedes Jahr begehen 58 000 Menschen Selbstmord, und 40 000 Menschen sterben im Straßenverkehr.

Erkrankungsbedingte Gefahren: Angesichts von Krankheiten wie HIV/Aids und anderen, die sich weltweit bei Menschen verbreiten könnten, etwa Vogelgrippe, sind Überwachungs- und Schnellreaktionssysteme erforderlich. Tuberkulose, Masern und Influenza sind ansteckend und machen nicht vor Grenzen Halt. Zusammen sind sie für rund ein Drittel der weltweiten Todesfälle verantwortlich. Sie können sich schnell ausbreiten, wenn sie nicht durch Maßnahmen in Schach gehalten werden. Wichtig ist es daher, koordiniert auf gesundheitliche Bedrohungen und Notfälle in Europa zu reagieren.

Weitere Bedrohungen: Bei Gefahren durch Lebensmittel sind Informationskampagnen und direkte Bekämpfung durch die Behörden erforderlich. Tödliche Unfallursachen wie Alkohol am Steuer erfordern gesetzliche Abschreckungsmaßnahmen. Aber auch ein koordiniertes Vorgehen bei großräumigen Notfällen ist unverzichtbar.



Was tut die EU?

Die EU hat sich verantwortlich erklärt, ein hohes Maß an gesundheitlichem Schutz zu gewährleisten. Ein Artikel des EG-Vertrags, des Gründungsvertrags der EU, besagt, dass Maßnahmen ergriffen werden müssen, um durch Vermeidung menschlicher Erkrankungen und Verringerung der gesundheitlichen Gefahren die Bevölkerungsgesundheit zu verbessern. Gesundheits- und Verbraucherschutz gehen Hand in Hand, und Lebensmittelsicherheit sowie Warnungen bei Gefahren sind Themen, die die EU ernst nimmt.

Auf nationaler Ebene werden Regierungsmaßnahmen zum Schutz der Bürger durch die EU-Politiken unterstützt und gestärkt. Obwohl die Länder im Bereich der öffentlichen Gesundheit ihre eigenen Gesetze haben, ist die EU bestrebt, zu gewährleisten, dass Ärzte, Pflegepersonal und andere Gesundheitsbedienstete leichter im Ausland arbeiten können. Aber auch Patienten müssen sich innerhalb Europas bewegen können, um die beste Gesundheitsversorgung zu erhalten.

Hier einige Ziele der EU:

- bis 2020 zu gewährleisten, dass Chemikalien, einschließlich Pestiziden, sicher produziert, gehandhabt und eingesetzt werden;
- Ungleichheiten in Bezug auf die Lebenserwartung sowie durch den Lebenswandel bedingte Erkrankungen wie Alkoholsucht und Fettleibigkeit in EU-Ländern zu verringern;
- Strategien zu schaffen, um schnell und effizient auf gesundheitliche Gefahren zu reagieren;
- EU-weit die Selbstmordraten zu verringern und die mentale Gesundheit zu verbessern;
- Gesetze in Bezug auf Lebens- und Futtermittel zu verschärfen – hier sind Hygiene und Kennzeichnung wichtig;
- für hohe Tierschutzstandards in und außerhalb der EU zu sorgen.

Von neuen Gesetzen für die Verwendung und Produktion von Chemikalien bis hin zu koordinierten Reaktionen auf Notfälle – die EU hat eine Fülle von Maßnahmen umgesetzt. Hier nur einige Beispiele:



© Corbis

Wussten Sie das?

Laut WWF ist die Menge der vom Menschen produzierten Chemikalien von 1930 bis 2000 von 1 Mio. Tonnen auf 400 Mio. Tonnen pro Jahr gestiegen.

Die **Verordnung zur Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien (REACH)** ist im Juni 2007 in Kraft getreten und soll den Schutz der öffentlichen Gesundheit verbessern. Durch sie wird die genaue Ermittlung der Chemikalien in Produkten, die wir kaufen, beschleunigt und die Verwendung der gefährlichsten eingeschränkt. Darüber hinaus erstreckt sie sich auch auf jene Chemikalien, die bei Verfahren in unserem Umfeld zum Einsatz kommen, etwa zur Schädlingsbekämpfung aus der Luft, zum Spritzen von Autos, bei Bauarbeiten usw. Diese Maßnahme wurde durch das **Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich Verbraucherpolitik (2007-2013)** verstärkt, in dem unser Recht verankert wird, gesund und sicher zu leben, wo immer wir sind, und auf sichere Produkte vertrauen zu können. Dadurch werden die bessere Vertretung der Verbraucherinteressen und die effiziente Anwendung von Regeln zum Verbraucherschutz gewährleistet.

Mit dem Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich der öffentlichen Gesundheit (**2003-2008**) sollen drei Ziele erreicht werden: **Erstens** die Sammlung von Informationen über öffentliche Gesundheit, damit Länder in der EU genau wissen, was Bevölkerungsgesundheit positiv oder negativ beeinflusst, und um gemeinsam die besten Arbeitsweisen anzuwenden. **Zweitens** sollen Maßnahmen gegen Bedrohungen wie TB, HIV/Aids, Terrorangriffe oder Vogelgrippe-Pandemien definiert werden. **Drittes** Ziel ist die Förderung eines gesunden Lebenswandels und die Verringerung der Arbeitsunfälle.

2008 wird dieses Programm durch das **Zweite Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich der Gesundheit 2008-2013** ersetzt werden. Dieses wird sich auch auf die Alterung der Bevölkerung und Gesundheit sowie auf die EU-weite Verringerung von Ungleichheiten im Gesundheitsbereich konzentrieren.

Der **Aktionsplan zur Verbesserung von Umwelt und Gesundheit der Kinder in der europäischen Region (Cehape)** soll gewährleisten, dass Kindergesundheit zugunsten der heutigen und künftigen Generationen oberste Priorität in den staatlichen Politiken zukommt. Im Rahmen dieses Plans werden Kinder und Kinderbetreuungspersonal in die Gestaltung der Politik einbezogen, Gesundheits- und Bildungsprogramme gefördert und spezielle Gesundheitsgefahren für Kinder ermittelt.



Das **Lebensmittelhygienepaket**, das im Januar 2006 eingeführt wurde, strafft und harmonisiert die EU-Maßnahmen im Bereich der Lebensmittelsicherheit. Die darin enthaltenen Gesetze folgen dem Ansatz „Vom Erzeuger bis zum Verbraucher“ und gelten für jede Etappe der Lebensmittelkette. Vorrangig ist dabei, dass alle, die für Lebens- und Futtermittel zuständig sind – von Bauern und verarbeitenden Unternehmen bis hin zu Einzelhändlern und Cateringfirmen – dafür sorgen müssen, dass in der EU vermarktete Lebensmittel die Sicherheitsstandards erfüllen.

Unterstützt wird dies von der **Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)**. Sie ist die wichtigste EU-Stelle für Risikobewertungen im Bereich der Lebens- und Futtermittelsicherheit. So bietet sie unabhängige wissenschaftliche Beratung zu allen Themen, die direkt oder indirekt die Lebens- oder Futtermittelsicherheit betreffen, einschließlich Tierschutz und -gesundheit sowie Pflanzenschutz. Der **EU-Aktionsplan für den Schutz und das Wohlbefinden von Tieren 2006-2010** verwertet neueste wissenschaftliche Entwicklungen, um die besten Tierhaltungsformen zu ermitteln, und erhöht so die aktuellen Standards im Tierschutzbereich. Er sichert z. B. für ein Kalb überall in der EU ein Mindestmaß an Pflege.



© Corbis

Einen Unterschied bewirken

Tipps für einen gesunden Lebenswandel gibt es in großer Zahl, hier aber einige grundlegende Anregungen: **Bewegen Sie sich mehr** – die Treppe statt Lift nehmen, Fahrrad statt Auto, viel zu Fuß gehen; **essen Sie ausgewogen und fettarm**, wählen Sie Ihre Lebensmittel bewusst aus. Manche Süßspeisen sättigen nur für kurze Zeit, fetteres Essen strengt Ihren Körper an – denken Sie an das alte Sprichwort: „Du bist, was du isst“. Bringen Sie Ihren Kindern gesunde Ernährung bei. Es kann dauern, bis sich deren Essgewohnheiten ändern, geben Sie aber nicht auf, denn es geht um lebenslange Gesundheit. **Hören Sie auf, zu rauchen** – Sie sparen viel Geld. **Verringern Sie Ihren Stress** – tun Sie eine halbe Stunde täglich etwas, was Sie entspannt und erfüllt. **Gurten Sie sich im Auto an** – auch Ihre Kinder. **Trinken Sie nicht übermäßig Alkohol** – täglich ein Gläschen Wein kann aber gesund sein –, vorausgesetzt, Sie sind nicht schwanger oder mit dem Auto unterwegs! Größere Mengen können Ihnen schaden. Trinken Sie pro Glas Alkohol ein Glas Wasser. **Vermeiden Sie verschmutzte Luft** – bestehen Sie auf Ihr



Recht, in rauchfreien Räumen zu arbeiten und zu essen, und vermeiden Sie Passivrauchen.

Umweltverschmutzung können Sie zum Teil selbst steuern. Schützen Sie sich. Verringern Sie zuhause den Einsatz von Chemikalien. Einfache Maßnahmen, etwa Trockenreinigung nur falls absolut notwendig, Verwendung von ungebleichtem Toilettenpapier und Kosmetikprodukten aus natürlichen Bestandteilen bewirken viel. Auch im Garten können Sie viel tun: Vermeiden Sie Kreosot – ein petrochemisches Konservierungsmittel – ebenso wie Lacke mit flüchtigen organischen Verbindungen. Achten Sie auf das Etikett. Es gibt Alternativen, die für Sie und Ihre Umwelt sicherer sind – Sie müssen nur das Etikett beachten und bewusst einkaufen.

Wenn Sie Zugang zum Internet haben, können Sie sich auf health.europa.eu umfassend informieren.



„Vergessen Sie nicht
Obst und Gemüse.“



Soziale Eingliederung

Alle an Europas Zukunft beteiligen



Alle zu integrieren und dafür zu sorgen, dass jeder Einzelne in unserer Gesellschaft die Mittel erhält, umfassend teilzunehmen, ist unverzichtbar, um Armut zu bekämpfen. Wir müssen den Beitrag eines jeden wertschätzen, ungeachtet des Alters, des Geschlechts, der Hautfarbe, der ethnischen Herkunft oder von Behinderungen.

Dafür zu sorgen, dass Kinder aus der Armut gerettet werden, Menschen Zugang zu Bildung und lebenslangem Lernen haben und Pensionen und andere Aspekte unseres Sozialsystems nicht nur zu nostalgischen Erinnerungen werden – all das sind Bausteine einer integrativen Gesellschaft.

Mit der Erklärung des Jahres 2007 zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit muss sich die Haltung gegenüber einigen Bevölkerungsmitgliedern grundlegend ändern. Vielfalt ist eine Chance, und es ist an der Zeit, dass wir dem Beispiel der erfolgreichsten Gesellschaften folgen und die drei „T“ – Technologie, Toleranz und Talent – vereinen.

Wie sieht die Realität aus?

Gesamtziel in Bezug auf soziale Eingliederung ist es, Armut bis 2010 erheblich zu verringern. Ein ehrgeiziges Ziel, denn die Zahl der Armutsgefährdeten ist immer noch hoch. So betrug der EU-Durchschnitt im Jahr 2003 16 %.

Ein Bericht über Kohäsion in der EU ist zu dem Schluss gekommen, dass die Erweiterung auf 25 und später auf 27 Länder in puncto Wettbewerbsfähigkeit und internen Zusammenhalt der EU eine völlig neue Herausforderung darstellt. Die wirtschaftliche Kluft hat sich nun vergrößert. Der Abstand zwischen den 10 % der Bevölkerung in den reichsten Regionen und demselben Anteil jener, die in den ärmsten Regionen leben, hat sich seit 2004 verdoppelt.

Laut Eurochild-Bericht „Ending Child Poverty“ (Abschaffung von Kinderarmut) ist jedes fünfte Kind in der EU armutsgefährdet – eine Situation, die sich im Verlauf der vergangenen sechs Jahre nur minimal verbessert hat. In der Slowakei waren 2004 30 % der Kinder unter 15 Jahren armutsgefährdet, in Dänemark hingegen nur 9 %.

Einer der Gründe für diese Kluft zwischen Arm und Reich ist Arbeitslosigkeit. Die EU ist mit erheblichen Problemen auf den Arbeitsmärkten konfrontiert: Ältere Arbeitnehmer, Frauen und junge Menschen sind nur gering vertreten und am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen. Angesichts der Globalisierung, Europas alternder Bevölkerung und relativ strenger Arbeitsgesetze in vielen Ländern verfolgt die EU ehrgeizige Ziele zur Schaffung von Arbeitsplätzen. 2007 ist die Arbeitslosigkeit EU-weit leicht gesunken – von 8 % auf 7,1 %.

Auch junge Menschen sind armutsgefährdet – ein Thema, das vom Jugendforum 2006 behandelt wurde. Der vom Forum verfasste Bericht „Social Inclusion through Youth Participation“ (Soziale Eingliederung durch Beteiligung der Jugend) betonte, dass Jugendliche vielfach an der aktiven Beteiligung der Gesellschaft behindert werden. Sie dürfen nicht wählen und finden oft aufgrund mangelnder Erfahrung keine Arbeit. Von den Medien werden sie häufig als eine Bedrohung für die Gesellschaft dargestellt. Der zwangsläufige Weg von der Schule in ein College, eine Universität oder eine Lehre und anschließend Heirat, Familie und eigenes Heim existiert in vielen Gesellschaften nicht mehr. Junge Menschen haben mehr



© Corbis



© Corbis

Wahlmöglichkeiten, die mehr Freiheit, aber auch mehr Herausforderungen mit sich bringen.

Aber auch Frauen sind mit Problemen konfrontiert – nicht nur bei der Arbeitssuche, sondern auch in Bezug auf die Behandlung am Arbeitsplatz. Um Frauen den Berufseinstieg zu erleichtern, ist umfassende Kinderbetreuung unverzichtbar. Mehr arbeitende Mütter bewirken die Schaffung von mehr Kinderbetreuungseinrichtungen. Laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) investiert Schweden von allen EU-Ländern am meisten in formale Kinderbetreuung – 2 % seines BIP. In Finnland hingegen sind es 1,1 %, und in Großbritannien 0,4 %. Das schwedische System ist teurer, da es das einzige ist, das für alle Kinder unter zwei Jahren Betreuung anbietet. Somit arbeiten in Schweden fast 72 % der Mütter von Kleinkindern, in Finnland sind es 52 % und im Vereinigten Königreich 49 %.

Wussten Sie das?

Einwanderer von Nicht-EU-Staaten sind mehr als dreimal so stark durch Arbeitslosigkeit gefährdet wie EU-Bürger

Arbeitslosigkeit trifft Menschen mit Behinderungen am stärksten. Mindestens 16 % der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter sind behindert, aber nur 40 % arbeiten. Dem steht ein Anteil von 64,2 % der Menschen ohne Behinderungen gegenüber.

Einwanderer sind auch ein wichtiger Teil der Arbeitskräfte eines Landes – ein Thema, das bei manchen politischen Gruppen besondere Bedeutung erlangt hat. Man sollte sich aber bewusst sein, dass der Anteil der ausländischen EU-Einwohner noch gering ist. So reicht dieser von 9 % in Österreich, Belgien und Deutschland bis hin zu weniger als 2 % in Spanien.



Der Unterschied zwischen Wirtschaftsmigranten, Flüchtlingen und Asylbewerbern ist der Bevölkerung oft unklar. Populistische Politiker und die Medien tragen wenig dazu bei, hier Abhilfe zu schaffen. Das führt allzu oft zu Feindseligkeit und Misstrauen, die manchmal in Gewalt münden. Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte hat ermittelt, dass 2004 über 9 Millionen Menschen in der EU (das sind 3 % aller Einwohner) rassistischen Angriffen zum Opfer gefallen sind. Damit Einwanderer zum sozialen Wohl ihrer neuen Heimatgesellschaft beitragen, müssen sie Steuern zahlen. Dazu müssen angemessene und rechtmäßige Arbeitsplätze geboten und Rassismus und Vorurteile an der Wurzel bekämpft werden.

Die Bevölkerungszahl Europas soll in den nächsten 50 Jahren abnehmen. Italiens Bevölkerung etwa soll bis 2050 um 28 % zurückgehen. Um für genügend Arbeitskräfte zu sorgen, müsste das Land jährlich über 350 000 Einwanderern die Tore öffnen, oder seine Bürger müssten bis zu einem Alter von 75 Jahren arbeiten. In anderen EU-Ländern sieht es ähnlich aus.

Was tut die EU?

Überall in Europa erhofft man sich im Grunde dasselbe für die Zukunft: eine sichere, dynamische Gesellschaft, die für die Schwächeren sorgt und der Bevölkerung den Berufseinstieg erleichtert. Aber obwohl wir alle dieselben Ziele verfolgen, hindern uns Vorurteile und Misstrauen daran, zusammen diese Wünsche EU-weit zu verwirklichen. Um Hindernisse zu beseitigen, die Fortschritt und Sicherheit im Weg stehen, müssen wir unsere Sicht der Mitmenschen überdenken. Im Bestreben, konkrete Veränderungen zu schaffen, hat die EU folgende Ziele definiert:

- die Anzahl der armutsgefährdeten und ausgegrenzten Menschen bis 2010 zu verringern, mit besonderem Augenmerk auf Kinderarmut;
- regionalen und sozialen Zusammenhalt zu sichern;
- die EU-Länder bei der Modernisierung des sozialen Schutzes angesichts von Herausforderungen wie sinkende Geburtenrate und höhere Lebenserwartung zu unterstützen;
- bis 2010 Beschäftigung zu fördern, vor allem mehr Arbeitsplätze für Frauen, ältere Arbeitnehmer und Migranten;



© Corbis

- Migranten in die europäische Gesellschaft aufzunehmen und zu integrieren;
- Beschäftigung für junge Menschen zu fördern und dabei zu gewährleisten, dass mindestens 85 % der 22-Jährigen die Sekundarstufe abgeschlossen haben. Ab 2007 sollte jeder junge Mensch spätestens sechs Monate nach Ausbildungsabschluss Arbeitsplatz, Lehrstelle, Berufsausbildung oder sonstige Erfahrung oder Qualifikationen erhalten, um leichter einstellbar zu sein;
- bessere Arbeitschancen für Behinderte zu schaffen.

Um diese Ziele zu verwirklichen, hat die EU eine Reihe von Fonds, Programmen und Regelungen geschaffen.

Das Gemeinschaftsprogramm für Beschäftigung und soziale Solidarität, **Progress (2007-2013)**, ausgestattet mit einem Budget von 743 Mio. EUR, soll Folgendes bewirken: Beschäftigung, sozialen Schutz und soziale Eingliederung, angemessene Arbeitsbedingun-



gen, Vielfalt und Bekämpfung von Diskriminierung sowie Geschlechtergleichstellung.

Eine weitere Waffe im Kampf gegen soziale Ausgrenzung ist der **Europäische Sozialfonds (ESF)**, eine der wichtigsten Finanzierungsquellen zur Unterstützung von Menschen bei der Verbesserung ihrer Kompetenzen und somit ihrer Beschäftigungschancen. Während der neuen Phase, die 2007 begonnen hat, stehen vier Bereiche im Mittelpunkt: Anpassungsfähigkeit von Arbeitern und Unternehmen, Zugang zu Arbeitsplätzen, Verringerung der sozialen Ausgrenzung sowie Förderung von Reformpartnerschaften. Diese Maßnahmen laufen unter zwei der drei neuen Ziele: Konvergenz, regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung. Kernelement dieser Strategie sind Investitionen in die Menschen.

Die EU anerkennt ausdrücklich die Rechte der älteren Menschen, ein Leben in Würde und Unabhängigkeit zu führen und am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen.

Um diese Rechte zu sichern, wird die **Europäische Beschäftigungsstrategie (EBS)** lebenslanges Lernen und berufliche Flexibilität fördern. Politiken für sozialen Schutz werden Maßnahmen umfassen, die den Trend hin zur frühzeitigen Pensionierung umkehren und die Entwicklung besserer und flexiblerer Rentensysteme ermöglichen sollen. Die EU investiert in Gesundheit und medizinische Forschung, und der aktive Kampf gegen Diskriminierung und Ausgrenzung wird fortgesetzt.

Das **Rahmenprogramm für Solidarität und die Steuerung der Migrationsströme 2007-2013** verfolgt mehrere Ziele: Wesentlich ist die Integration von Einwanderern in die Gesellschaft durch den **Europäischen Integrationsfonds**: Er trägt zu Einführungsprogrammen bei, fördert die Beteiligung von Einwanderern an ihrer Gastgebergesellschaft, stärkt die Fähigkeit der nationalen Organisationen, damit diese auf unterschiedliche Bedürfnisse reagieren können, und beobachtet die Entwicklung der Situation, indem er die EU-Länder bei der Bewertung ihrer Integrationspolitiken unterstützt. Der Fonds verfügt über 1,8 Mrd. EUR und ist Teil des ESF.

Menschen vor Armut zu bewahren, ist ebenfalls ein wichtiger Aspekt des EU-Ziels, dafür zu sorgen, dass niemand auf der Strecke bleibt und ausgegrenzt wird. In allen EU-Ländern ist der Anteil der Arbeitslosen an der jugendlichen Bevölkerung, vor allem bei Mig-



© Gmbis

rantenfamilien, doppelt so hoch wie der Gesamtanteil der Arbeitslosen. 2004 betrug dieser knapp über 18 %. Jugendliche sind oft in einem Teufelskreis gefangen, in dem sich geringer

Lohn und Arbeitslosigkeit abwechseln. Die EU ermutigt die Länder, mehr Lehrstellen zu schaffen, mehr Unterstützung und aktive Alternativen für jene zu bieten, die kurzzeitig arbeitslos sind. Die Programme konzentrieren sich oft auf sozial benachteiligte Gebiete.

Eine der Prioritäten ist europaweite Mobilität für Lehrer und Schüler sowie die Anerkennung von Qualifikationen. So sollen Programme wie **Sokrates**, **Leonardo da Vinci** und **Youth** den Erwerb von Qualifikationen erleichtern.

Jeder hat das Recht, sich zu beteiligen. Damit auch Behinderte vollständig in die Gestaltung der Zukunft Europas eingebunden werden, sollen im Rahmen des **Aktionsplans Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen (2004-2010)** umweltbedingte, technische und rechtliche Hindernisse beseitigt werden. Dies geschieht mithilfe des ESF und der Europäischen Beschäftigungsstrategie. Eine spezielle Richtlinie der Strategie definiert ihr Ziel: „Integrative Arbeitsmärkte schaffen, Arbeit attraktiver und für Arbeitssuchende – auch für benachteiligte Menschen – und Nichterwerbstätige lohnend machen.“

Um Menschen mit Behinderungen voll in unsere Gesellschaft einzubinden, gibt es ein EU-weites Gesetz, die **Antidiskriminierungsrichtlinie**, die einen allgemeinen Rahmen für Gleichbehandlung bei der Arbeitssuche und am Arbeitsplatz schafft.

Einen Unterschied bewirken

Regierungen und Politiker können über Prioritäten entscheiden und zu ihrer Umsetzung Budgets vorsehen, aber auch wir können etwas tun, um unsere Gesellschaft gerechter zu machen, und uns selbst, aber auch unseren Mitmenschen dabei helfen, mehr beizutragen.

Vergessen Sie nicht, dass Sie Ihre Beschäftigungschancen steigern können und dass Ihnen das dazu noch Spaß machen kann. In **Abendkursen** beispielsweise können Sie zusätzliche Qualifikationen



erwerben und Menschen treffen, die Ihre Interessen teilen. Das **Erlernen einer anderen Sprache** eröffnet Ihnen neue Kulturen, und wenn Sie keine aufwändigen Verpflichtungen eingehen möchten, können Sie Ihre Grundkenntnisse in einem Konversationskurs vertiefen.

Sie können es sich nicht vorstellen, selbst etwas Neues zu lernen? **Wie wäre es dann mit Unterrichten?** In vielen EU-Ländern haben Sie die Möglichkeit, in Grundbildungsprogrammen Ihre Zeit jenen zu widmen, die weder schreiben noch lesen können oder vielleicht die grundlegende Mathematik nicht beherrschen. Genaue Informationen hierzu sind oft in lokalen Bibliotheken oder Rathäusern zu finden.

Einwanderern dabei zu helfen, die Sprache ihres neuen Landes zu lernen, ist auch etwas, was wir tun können. Konversationskurse führen Menschen zusammen, und Sie müssen keine Sprachlehrer-Ausbildung besitzen, um eine Gruppe von Menschen zum Plaudern zu bringen. Sprachkurse werden für Einwanderer oft kostenlos angeboten. Wenn Sie Zeit haben, dann **bieten Sie einen Konversationskurs an**, damit andere Menschen das, was sie in formelleren Sprachkursen gelernt haben, üben und Menschen aus anderen Kulturkreisen kennenlernen können.

Ihr eigenes Unternehmen zu gründen, kann leichter sein, als Sie denken. Wenn Sie immer schon den geheimen Wunsch gehegt haben, Ihr eigener Chef zu sein und eine Dienstleistung anzubieten, lassen Sie sich von Ihrer Bank beraten. Wer weiß – vielleicht können Sie in fünf Jahren einem jungen Menschen oder jemandem, der Schwierigkeiten hat, eine Anstellung zu finden, Arbeit geben!

Wenn Sie musikalische, schauspielerische oder künstlerische Fähigkeiten besitzen, wie wäre es dann, wenn Sie einem Altenheim, einer Sonderschule oder einem Jugendclub wöchentlich eine Stunde widmen? Oder wenn Sie Ihnen Sport Spaß macht, **warum gründen Sie nicht einfach einen Club oder eine Mannschaft?** Motivieren Sie alle dazu, sich zu beteiligen! Sie wissen nicht, was Sie anbieten sollen? Allein die Tatsache, dass Sie Interesse zeigen und die Arbeit von Sozialarbeitern unterstützen, reicht, um all jene, deren harte und wichtige Arbeit oft vergessen wird, erheblich zu motivieren.

Sie sind nicht sehr gesellig, lieben aber Tiere? Dann lesen Sie die Annoncen im örtlichen Krankenhaus. Oft wissen Patienten nicht,

was sie während ihres Krankenhausaufenthaltes mit ihren Haustieren machen sollen. Den geliebten Gefährten – Hund, Katze oder ein anderes Tier – zurückzulassen kann eine enorme zusätzliche Belastung darstellen. Pflegestellen werden sehr geschätzt.

Wenn Sie gesund sind, von Ihren Kollegen geschätzt werden, Freunde und Familie und Ihren Platz in der Gesellschaft haben und dazu noch Zeit, dann helfen Sie doch anderen, sich auch zugehörig zu fühlen!





Weltweite Armut

Die Kluft schließen



„Armut zu überwinden, ist keine Geste der Mildtätigkeit.
Es ist ein Akt der Gerechtigkeit.
Es bedeutet den Schutz eines grundlegenden Menschenrechts,
des Rechts auf Würde und ein angemessenes Leben.“

Nelson Mandela

Extreme Armut, die definiert wird als „mit weniger als einem Dollar täglich auskommen zu müssen“, betrifft über 1 Milliarde Menschen in den Entwicklungsländern – das ist ein Sechstel der Weltbevölkerung. Die Tatsache, dass diese auf einem anderen Kontinent leben, bedeutet nicht, dass wir nicht deren Not lindern können.

Die Globalisierung hat Menschen aus allen Regionen der Welt durch globale Entscheidungen, Politiken und Praktiken näher zusammengebracht. Deren Früchte wurden aber nicht immer gerecht aufgeteilt. Stattdessen sind die Unterschiede in Bezug auf Reichtum und Macht noch gewachsen, und das auf Kosten der Ärmsten.



Wie sieht die Realität aus?

Ein Bauer aus Sansibar, der seine durch Tsetsefliegen infizierte Herde nicht pflegen kann, ein Fabrikarbeiter in Bangladesch, der für das Aufnähen von Perlen auf Ballettkostüme 8 Cent pro Stunde verdient, ein äthiopisches Schulkind, das täglich mehr als 15 Kilometer gehen muss, um Wasser zu holen – unterschiedliche Lebensstile, Kulturen, die aber alle derselben Herausforderung gegenüberstehen: allen Widrigkeiten zum Trotz zu überleben.

Herzergreifende Einzelschicksale fügen sich zu einem Gesamtbild zusammen, bei dem Hunger und Unterernährung noch mehr Todesopfer fordern als Aids, Malaria und Tuberkulose zusammen. Jeder vierte Bewohner der afrikanischen Länder südlich der Sahara leidet Hunger. Kinder, die bis zu ihrem 15. Geburtstag überlebt haben, sind vom Glück gesegnet – denn 11 Millionen Kinder jährlich tun es nicht.

Und während Haushalte in Industrieländern allein durch die WC-Spülung täglich bis zu 50 Liter Wasser verbrauchen, haben über 1 Milliarde Menschen keinen Zugang zu den 20-50 Litern sicheren Trinkwassers, die für die Deckung des Grundbedarfs für Trinken, Kochen und Reinigung als notwendig gelten. Die durch diesen Mangel an Trinkwasser und Hygiene bedingten Krankheiten fordern täglich Tausende von Menschenleben.

Weltweite Armut ist ein vorwiegend ländliches Phänomen: Um ihr mageres Auskommen zu sichern, sind Dreiviertel der in extremer Armut lebenden Menschen von den immer kargeren natürlichen Ressourcen abhängig. Im Verlauf der letzten 50 Jahre wurde mehr als ein Viertel der weltweiten 8,7 Mrd. ha an Agrar-, Weide- und Waldlandschaft zerstört. Denkbare schlechte Nachrichten für Arme und ihren Lebensraum. Die gute Nachricht: Armut kann ausgelöscht werden.

Was tut die EU?

Die EU betrachtet Entwicklungszusammenarbeit als den Schlüssel zur Lösung des weltweiten Armutproblems. So arbeitet sie mit internationalen Akteuren (UNO, Welthandelsorganisation, internationalen Finanzorganisationen) und regionalen Akteuren (in afrikanischen, lateinamerikanischen, karibischen und pazifi-



© IT

Wussten Sie das?

2006 betragen die Hilfeleistungen der EU ca. 48 Mrd. EUR, das sind 100 EUR pro Bürger.



schen Ländern) zusammen, um effizient auf die vielen Bedrohungen der ärmsten Bevölkerung zu reagieren.

Sie hat sich zu den acht anlässlich des UN-Millenniumsgipfels 2000 vereinbarten Zielen verpflichtet, die 2015 erreicht sein müssen. Dadurch soll Folgendes bewirkt werden:

- Auslöschung von extremer Armut und Hunger;
- universelle Grundbildung;
- Stärkung der Geschlechtergleichheit;
- Verringerung der Kindersterblichkeit;
- Verbesserung der Müttergesundheit;
- Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und sonstigen Erkrankungen;
- Nachhaltigkeit im Umweltbereich;
- Schaffung einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft.

Anlässlich des **Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg** hat die EU zwei Initiativen zur Sicherung der Wasser- und Energieversorgung, beides wichtige Elemente zur Verringerung der Armut, gestartet. Die erste, die **Wasserinitiative „Water for Life“**, zielt auf die Halbierung der Anzahl an Menschen ohne Zugang zu sicherem Trinkwasser und angemessener Sanitärversorgung bis 2015 ab. Die zweite, die **EU-Energieinitiative EUEI**, soll neue Kapital-, Technologie- und Humanressourcen aus dem Privatsektor und von Finanzinstitutionen beschaffen.

Ein wichtiger Wachstumsfaktor ist der Handel. Im Rahmen des Cotonou-Abkommens, das bis 2020 läuft, arbeitet die EU mit **afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern** an deren schrittweiser Einbindung in die Weltwirtschaft. Mit **Lateinamerika** wurde eine Reihe von Vereinbarungen getroffen, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit, den institutionalisierten politischen Dialog und Handelsbeziehungen zu stärken. Die EU ist heute der bedeu-



tendste ausländische Investor in Lateinamerika und dessen zweitwichtigster Handelspartner. In **Asien**, wo zwei Drittel der Armen leben, stammt ein Drittel der gesamten Entwicklungshilfegelder aus der EU. Das Gesamtziel der EU besteht darin, bis 2015 die an Entwicklungsländer geleistete Hilfe auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen.

Aber auch der Schuldenerlass zählt zu den Prioritäten. Die EU ist ein wichtiger Akteur der Initiative der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds zur Streichung der Schulden überschuldeter Entwicklungsländer. Bisher wurden 18 Ländern, einschließlich Bolivien, Madagaskar, Tansania und Uganda, die gesamten Schulden erlassen.

Einen Unterschied bewirken

Obwohl die nationale Politik zur Auslöschung der Armut von Regierungen formuliert wird, können auch Sie etwas bewirken.

Etwa, indem Sie wie immer einkaufen und gleichzeitig spenden. Denn **Vermarktung** bringt bekanntlich gewinnorientierte Unternehmen und gemeinnützige Organisationen zusammen, wodurch beide profitieren. Ein Beispiel: „Product RED“, eine Initiative, die mit bekannten Marken Geld für die Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria beschaffen soll.

Oder auch, wenn Sie bei Ihrem Lebensmittelhändler einige der 1500 verschiedenen **FairTrade-Produkte** kaufen. Eine einfache Handlung, die viel bewirkt, um faire Löhne für die Produzenten zu garantieren.

Sie können aber auch an Ihre bevorzugte Wohltätigkeitsorganisation spenden, ohne einen Cent auszugeben – über **ethische Banken**. Diese werden in ganz Europa immer gefragter.

Wenn Sie Geld investieren möchten – wo immer in Europa –, fragen Sie Ihren Bank- oder Finanzberater, wie man Geld für sich und gegen weltweite Armut arbeiten lässt. Möchten Sie lieber direkt spenden – Spenden sind in vielen europäischen Ländern **steuerlich absetzbar**.

Für jene, die nicht darauf vertrauen, dass ihre Spende nützlich eingesetzt wird, gibt es Programme zur **Unterstützung eines be-**



stimmten Kindes. Hierbei wird dem Spender regelmäßig berichtet, wie es dem Kind geht, und er erhält Fotos und Briefe.

An guten Zwecken mangelt es nicht. Suchen Sie nach Wohltätigkeitsorganisationen, die Bauern in entfernten Ländern wie Laos oder Nicaragua durch nachhaltige Landwirtschaft unterstützen.

Wenn Sie es persönlicher mögen – wie wäre es mit einem gleichaltrigen Brieffreund aus der Dritten Welt für Ihr Kind? Wählen Sie ein Land mit derselben Sprache, oder nutzen Sie die Gelegenheit, um die Fremdsprachenkenntnisse Ihres Kindes zu verbessern. Rufen Sie einen internationalen Auskunftsdienst an und fragen Sie nach einer Schule in einer bestimmten Stadt. Vielleicht kann Ihr Kind seine Freunde motivieren oder mithilfe seines Lehrers die ganze Klasse beteiligen. Idealerweise entsteht durch einen einfachen Anruf eine lebenslange Freundschaft, mindestens aber eine Bildungserfahrung. Schließen wir die Lücke!

Oder als einmalige Hilfeleistung, wenn Ihnen einfach kein Geburtstags- oder Weihnachtswunsch einfällt: Wie wäre es mit ein paar Bienenstöcken oder einer Ziege? Keine Sorge – diese stehen dann nicht vor Ihrer Tür! Einige Wohltätigkeitsprogramme bieten Ihnen nämlich die Möglichkeit, für Familien Nutztiere zu kaufen.



„Die Bäume und Bienen, die Sie uns geschenkt haben, haben Land, Luft und Boden verändert. Und unser Leben!“

Zahara Bekre,
Kabso Takuma-Wald,
Äthiopien



Querschnittspolitiken

Eine Vision verwirklichen



Die EU strebt ein nachhaltiges Wachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und mehr sozialem Zusammenhalt an – und das bei gleichzeitigem Schutz unserer Umwelt zugunsten künftiger Generationen.

Bekämpfung von Diskriminierung, Schutz natürlicher Ressourcen, Antworten auf Immigration und weltweite Armut, umweltfreundliche Produktion – Gesetze werden verabschiedet und Programme entwickelt, um jedes Ziel der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

Konkrete Ergebnisse sind aber nur durch folgende vier Querverbindungen zwischen den in dieser Broschüre angeführten Bereichen möglich: Bildung, Forschung, Kommunikation zur Motivation der Bevölkerung und zur effizienten Abwicklung sowie Anwendung des Verursacherprinzips. Eine Änderung der Kauf- und Produktionsgewohnheiten ist unverzichtbar. Eine Methode, um umweltfreundlichere Gewohnheiten zu bewirken, sind Steueranreize. Wenn die tatsächliche Auswirkung eines Produkts auf die Umwelt berücksichtigt wird, werden die Verbraucher die richtige Wahl treffen.



Bildung – Wissensaustausch

Allen bisher beschriebenen Politiken, Programmen und Initiativen liegt die Erkenntnis zugrunde, dass wir ohne eine gebildete Bevölkerung nichts erreichen können. Bildung stattet die Menschen mit den erforderlichen Mitteln aus, um diese Herausforderungen zu bewältigen und die für ein nachhaltiges Wachstum in Europa erforderlichen Kompetenzen zu erwerben.

Mit Bildung verbinden wir unsere Schulzeit. Es geht aber um mehr – nämlich um den Austausch von Wissen auf allen Ebenen und mit allen Menschen. Gemeinsam genutztes technisches Wissen, um wettbewerbsfähig zu bleiben, naturwissenschaftliches Wissen, um uns gesund zu halten, Informationstechnologie, um entfernte Gemeinschaften mit Menschen und Konzepten in ganz Europa vertraut zu machen, Schulkinder, die es bis zur Universität schaffen, lebenslanges Lernen, Unternehmen, die zu nachhaltigen Entscheidungen geschult werden – all das erfordert einen Wissensaustausch.

Nachhaltigkeit bedeutet, unsere Ressourcen so zu verwenden, dass auch künftige Generationen davon profitieren – das gilt nicht nur für natürliche, sondern auch für menschliche Ressourcen: die Europäer. Bildung verringert Ungerechtigkeiten zwischen Männern und Frauen oder zwischen Minderheiten und den anderen Mitbürgern. Es handelt sich um einen lebenslangen Prozess, denn Lernen und Berufsausbildung enden nicht mehr mit einem Hochschulabschluss. Heute gilt es, den Menschen dabei zu helfen, Wissen und Kompetenzen lebenslang zu verbessern.

Was wird hierzu getan?

Im Februar 2001 hat die EU das **Programm „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“** gestartet. Alle EU-Bildungsminister haben drei konkrete Ziele vereinbart, um die Ausbildung kompetenter Arbeitskräfte, von denen unsere Zukunft abhängt, zu ermöglichen. Diese sind: Öffnung der allgemeinen und beruflichen Bildung für die Welt im weiteren Sinne – unsere Arbeitswelt wie auch die Welt außerhalb der EU sowie Verbesserung der Qualität unserer Bildungssysteme und des Zugangs zu Bildung.

Alle drei Ziele erfordern eine Reihe von Maßnahmen. Die Öffnung des Bildungssektors für die Welt im weiteren Sinne etwa erfordert



© Corbis

Sprachunterricht und die Stärkung der Verbindung zu Arbeitswelt und Forschung.

Um die Bildungsqualität zu verbessern, müssen flexible Lernprogramme gefördert werden, die berufsbegleitende Fortbildung ermöglichen. Die Definition von Grundkompetenzen ist an die Veränderungen unserer Welt anzupassen.

Zugang zu Bildung für alle Altersstufen erfordert eine Umstrukturierung der Systeme, geleitet von der Frage: „Wie leicht ist es, zu anderen Ausbildungen zu wechseln?“, „Kann sich der Lernende auf



allen Wegen weiterbilden oder wird er eher dazu gebracht, seine Ausbildung endgültig abzubrechen?“ Darüber hinaus zeigt das Programm auf, dass Bildung dabei helfen sollte, die Gesellschaft nach unseren Vorstellungen zu gestalten.

Forschung

Eine Frage, die sich uns allen stellt, ist, wie wir unseren europäischen Lebensstil mit all seinen Werten und seinem Lebensstandard angesichts des Wettbewerbs beibehalten können, ohne unsere Umwelt zu ruinieren.

Wir alle sind dafür verantwortlich, aber einige Probleme müssen wissenschaftlich gelöst werden – alternative Energiequellen, Strategien zur Nahrungsversorgung, Zugang zu sauberem Wasser für alle, Methoden zur Verbesserung der Kommunikation; die Umsetzung dieser und vieler weiterer Ziele ist Sache unserer Wissenschaftsgemeinschaft.

Was wird hierzu getan?

Während Wissenschaftler versuchen, das grundlegende Problem zu lösen, nämlich Quellen sauberer, erneuerbarer Energien zu ermitteln, und während Europa mit Herausforderungen wie Globalisierung, Migration, Arbeitslosigkeit und alternde Bevölkerung konfrontiert ist, tut die EU ihr Möglichstes, um unsere Zukunft zu sichern.

So wurden im Rahmen des **7. Forschungsrahmenprogramms** 50 Mrd. EUR für Forschung und Entwicklung vorgesehen. Dieses läuft bis 2013, mit folgenden Zielen:

- Erlangen der Führungsposition in wichtigen Wissenschafts- und Technologiebereichen;
- Anregung der Kreativität und herausragender Leistungen in der europäischen Forschung;
- Entwicklung und Stärkung des menschlichen Potenzials in der europäischen Forschung;
- Verbesserung der Forschungs- und Entwicklungskapazität in ganz Europa.



© Corbis



Auch der Austausch über Ergebnisse sowie die Vernetzung der Wissenschaftler sind zentrale Punkte. Darüber hinaus wird der Europäische Forschungsraum geschaffen, um einen EU-weiten, effizienten Austausch von Ideen und Ergebnissen zu ermöglichen. Wissenschaftler müssen sich in der Union frei bewegen können und Zugang zu den besten Kommunikationsnetzwerken haben. Um sie dabei zu unterstützen, die Grenzen des Wissens zu überwinden, sollen Forschungseinrichtungen entstehen, die Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor nutzen.

Des Weiteren fördert die EU Vernetzung und gemeinsames Lernen von Hochschulen in der Union und in anderen Ländern.

Nutzung der Wirtschaft, um Veränderungen zu bewirken

Durch eine Umweltsteuer können die Menschen dazu bewegt werden, verantwortungsvoll produzierte Ware zu kaufen und weniger für umweltschädliche Produktion auszugeben. Dies ist eine Art, wie über die Wirtschaft Veränderung bewirkt werden kann. Derzeit spiegelt der Preis nicht die durch Umweltschädigung tatsächlich verursachten Kosten wider. Der Markt kann jedoch zugunsten der Umwelt genutzt werden.

Die Nutzung der Marktkräfte zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung ist ein Eckpfeiler der Strategie. Öffentliche Finanzierung spielt jedoch auch eine Rolle. So ist es ein erklärtes Ziel der Strategie, dass alle Ausgaben der EU bestmöglich zugeteilt werden sollen, um nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Was wird hierzu getan?

Der schrittweise Übergang von der Besteuerung der Arbeit auf die Besteuerung von Umweltverschmutzung und Energie- und Ressourcenverbrauch fördert Beschäftigung, Öko-Innovation und Umweltschutz. Richtige Preisgestaltung – so dass das, was wir zahlen, die sozialen, umweltbezogenen und wirtschaftlichen Kosten widerspiegelt, die das Produkt oder die Dienstleistung erfordert – ist ein Weg zu intelligentem Wirtschaftswachstum.

Die EU denkt kreativ und arbeitet mit den nationalen Regierungen an der Schaffung einer Umweltsteuer. So, wie bei der Förderung der Landwirtschaft der Schwerpunkt von der Produktion auf ver-



antwortungsvolle Bewirtschaftung verlagert wurde, soll auch die Steuerlast von der Arbeit auf den Verbrauch verlagert werden.

Durch die **neue Energiesteuer-Richtlinie** sind EU-Länder berechtigt, Unternehmen für geringeren Schadstoffausstoß spezielle Steuervergünstigungen zu gewähren. Außerdem werden Energiequellen wie Strom und Brennstoffe wie Kohle besteuert. Dadurch konzentriert sich der Nutzer auf Effizienz und verbraucht weniger, um weniger Steuern zu zahlen. Ein zusätzlicher Anreiz wurde für Unternehmen, die in effiziente Energienutzung investiert haben, geschaffen: Sie können sich einen Teil dieser Steuern erstatten lassen.

Besteuerung des Energieverbrauchs statt des Einkommens sowie der Verkauf von Rechten, Treibhausgase auszustoßen, sind schlagkräftige Mittel zur Bekämpfung des Klimawandels. Und beiden ist eines gemeinsam: Der Verursacher zahlt.

Dies geschieht auf zwei Ebenen: Unwirtschaftliches oder umweltschädliches Verhalten wird bestraft, so dass die Menschen nach Alternativen suchen müssen. Währenddessen verdient die öffentliche Hand an der verursachten Umweltverschmutzung. Diese Einnahmen fließen wiederum in Forschung oder Projekte.

EU-weit wenden Länder das Konzept der Besteuerung von Umweltverschmutzung in vielfacher Weise an: Dänemark und Finnland besteuern Reifen, Dänemark, Island und Italien Plastiksäcke und Frankreich Papier und Karton.

Während Länder nach Mitteln suchen, um Umweltverschmutzung zu verringern und daraus gleichzeitig Einnahmen zu schöpfen, arbeiten auch Unternehmen und Organisationen an nachhaltigen Verfahrensweisen. Hier kommt das „Verursacherprinzip“ zum Tragen, da Unternehmen den Druck der Verbraucher spüren und Gesetzgebung nach Umweltschutzkriterien erfolgt. Einige gehen mit gutem Beispiel voran und ändern freiwillig ihre Firmenstrategie.

Die Besteuerung von Emissionen findet bei der Wirtschaft zunehmend Beachtung. Neue Schlagwörter wie „CO₂-Kompensation“ oder „Handel mit CO₂-Zertifikaten“ werden wir künftig vermehrt hören. Für die Produktion von CO₂ Geld zu erheben bedeutet, dieses Treibhausgas wie ein anderes Konsumgut zu betrachten: Man zahlt eine bestimmte Summe und darf dann eine bestimmte Menge produzieren.



© EC

Über Finanzierungsprogramme wie **LIFE+**, das bis 2013 läuft, stellt die EU direkt Mittel bereit. Mit einem Budget von 2 Mrd. EUR kofinanziert dieses Programm Umweltinitiativen in der ganzen Union und in einigen Nachbarländern. Es umfasst eine Reihe von Programmen mit einheitlichen Regeln. Entscheidungsprozesse werden somit effizienter, und die Abwicklung wird transparenter. 20-25 % des Geldes fließen in die Sensibilisierung der Bevölkerung für nachhaltige Entwicklung.

Angesichts so umfassender Budgets müssen die EU-Gelder gezielt eingesetzt werden, um nachhaltige Entwicklung zu fördern. Die EU-Länder und die Kommission werden diverse Politiken, etwa Kohäsions- und Agrarpolitik, ländliche Entwicklung, Forschung und Technologieentwicklung koordinieren, um deren Potenzial bestmöglich zu nutzen.

Bis 2008 wird die Kommission außerdem an einem Konzept zur Reformierung jener Subventionen arbeiten, die sich erheblich zum Nachteil der Umwelt auswirken, um sie nach und nach abzuschaffen. Die Förderungen sollen in Bereiche wie Landwirtschaft fließen, um ländliche Gemeinschaften zu stärken und gleichzeitig ihr Ackerland zu schützen.



Informieren und motivieren

Die Broschüre, die Sie gerade lesen, ist Teil der EU-Kampagne zur Nutzung aller verfügbaren Mittel, um die Botschaft über nachhaltige Entwicklung effizient zu übermitteln. Eines der erklärten Ziele der Kommission ist es, Anleitungen zu geben, zu erklären, welche Maßnahmen die EU ergreift, um die Herausforderungen anzugehen, und die Menschen für die Ziele zu gewinnen, die uns allen zuträglich sind.

Was wird hierzu getan?

Die **EU-Kampagne „Zukunftsfähige Städte“** wird von einer Gruppe lokaler Regierungen getragen mit dem Ziel, Städte zu schaffen, die von Wohlstand, Kreativität und Nachhaltigkeit geprägt sind und in denen die Beteiligung eines jeden geschätzt wird. Hierzu haben sie die **Aalborg-Charta** unterzeichnet, und die EU hofft, dass jene Länder, deren Lokalregierungen sich noch nicht beteiligen, diese auch unterzeichnen werden.

Zu den Verpflichtungen zählt beispielsweise, gerechten Zugang zu natürlichen Ressourcen zu gewährleisten. Hierfür müssen Wasser- und Luftqualität verbessert und Parks und Gärten geschaffen werden. Eine weitere Verpflichtung ist die Verbesserung des Verkehrswesens und die Verringerung des Verkehrsaufkommens – und somit die Förderung öffentlicher Verkehrsmittel. Auch Gesundheit und soziale Gerechtigkeit stehen auf der Liste.

Die Kampagne vereint Behörden aller Ebenen und aus ganz Europa. Was funktioniert, und was nicht? Informationen dieser Art werden ausgetauscht. Die Stadtverwaltung von Barcelona kann sich beispielsweise mit der Union der baltischen Städte an einen Tisch setzen und Wege ermitteln, um nachhaltige Entwicklung zur Realität zu machen.

Eine weitere Vorgehensweise hat die UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro vorgeschlagen: Mit der **Agenda 21** wurde ein umfassender Aktionsplan im Hinblick auf die Ziele im Bereich der nachhaltigen Entwicklung vorgelegt. Länder aus ganz Europa beteiligen sich daran, und die EU hofft, dass noch mehr die Agenda 21 und die Aalborg-Charta unterzeichnen und sich an der Kampagne „Zukunftsfähige Städte“ beteiligen werden.



© EC



Da man erkannt hat, dass die Botschaft effizient vermittelt werden muss, um die Menschen zu motivieren, wurde im Rahmen der **Bemühungen um bessere Kommunikation** ein Preis für die besten Projekte im Bereich der Wirtschaftsinnovation geschaffen: „**RegioStars**“. Dieser Preis, der 2006 von der Kommission vorgeschlagen wurde, ist nur einer der von der EU geschaffenen Preise, die Menschen motivieren und die Ziele der nachhaltigen Entwicklung betonen.

Eine weitere Art, wie die EU mit den Bürgern in Kontakt tritt und die Botschaft der Nachhaltigkeit vermittelt, sind „Open Days“ wie die jährlich stattfindende **Europäische Woche der Regionen und Städte**. Hier kommen Tausende Vertreter von Entwicklungsprojekten in ganz Europa zusammen.

Nur wenige europäische Bürger stehen direkt mit der EU in Kontakt. Alle Bürger zu erreichen und auf dem Laufenden zu halten ist Ziel des 2005 eingeleiteten Programms **i2010 – Eine europäische Informationsgesellschaft für Wachstum und Beschäftigung**. Diese Initiative umfasst Regelungen, die gewährleisten sollen, dass alle Teil einer Gesellschaft werden, die auf der umfassenden Verwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien beruht. Verbindungsgeschwindigkeiten, durch die man zuhause mit digitalen Technologien versorgt wird, Verringerung von Internetbetrug oder auch Systeme, die grenzüberschreitend zusammenarbeiten, um die Menschen zu informieren, sind nur einige Elemente der EU-Initiative.

Ob sie die Bürger in ihre Gebäude einlädt, Preise für innovative, nachhaltige Wirtschaft verleiht oder dafür sorgt, dass die Menschen in ganz Europa ständig wissen, wie man am besten vorgeht – die EU arbeitet daran, die Botschaft zu übermitteln.

Auch die Wirtschaft nimmt ihre Verantwortung wahr. Ein Beispiel ist die „EU-Corporate Leaders Group on Climate Change“. Diese Gruppe, die auf Anregung zahlreicher Firmenchefs gebildet wurde, arbeitet mit der EU, um eine CO₂-arme Wirtschaft zu bewirken und gleichzeitig die Wachstums- und Beschäftigungschancen zu verbessern. Dazu möchte man entsprechende Bedingungen und Maßnahmen gewährleisten und nach Geschäftschancen im Bereich der CO₂-armen Technologien suchen.



Umsetzung und Vorgehensweise

Kurs halten



Offenheit, Beteiligung, Verantwortung, Effizienz und Kohärenz sind die Leitprinzipien der EU-Politiken. Hinzu kommt eine noch wichtigere Komponente, die für die Strategie für nachhaltige Entwicklung unverzichtbar ist: Überwachung.

Angesichts der vielen Programme und Regelungen, die EU-weit zur Anwendung kommen, und der Maßnahmen, die von allen Teilen der Gesellschaft – den Bürgern, der Wirtschaft, den regionalen und nationalen Regierungen und der EU selbst – umgesetzt werden, ist es wichtiger denn je, zu ermitteln, was funktioniert und was nicht.

Was tut die EU?

Die im Rahmen der Strategie für nachhaltige Entwicklung angesprochenen Themen sind nicht mehr einfache Themen, die von Umweltpolitikern behandelt werden. Das gesamte Thema bildet heute den Kern der europäischen Entscheidungsprozesse, und die Staats- und Regierungschefs überwachen ständig die Situation, damit die Strategie auch wirklich Kurs hält. So untersucht die Europäische Kommission regelmäßig, wie sich die Politiken entwickeln. Seit Herbst 2007 soll alle zwei Jahre ein Fortschrittsbericht veröffentlicht werden, der klar und konkret aufzeigt, welche Maßnahmen greifen und welche nicht und wie die Strategie effizient aktualisiert werden kann. Dies bildet die Grundlage der Entscheidungen des Europäischen Rates im Dezember, der den künftigen Weg vorgibt.



Der Fortschrittsbericht der Kommission erörtert, wie die Politiken funktionieren und wie es einzelnen Ländern damit ergeht, und bringt Anregungen für weitere Schritte vor. Zu den Informationsquellen zählen die Daten von Eurostat, das regelmäßig den Fortschritt im Bereich der nachhaltigen Entwicklung in Europa bewertet.

Zur Überwachung des Fortschritts muss man zuallererst bestimmen, was gemessen werden soll, und dafür sorgen, dass die Zahlen der Länder langfristig miteinander verglichen werden können.

Hierfür hat Eurostat eine Reihe von „Indikatoren“ entwickelt, die regelmäßig veröffentlicht werden. Den Eurostat-Bericht über nachhaltige Entwicklung aus dem Jahr 2007 finden Sie unter: ec.europa.eu/sustainable/.

Die Indikatoren werden EU-weit gemessen und geben Auskunft über die aktuelle Situation. Im Bereich öffentliche Gesundheit etwa ist der wichtigste Indikator „Gesunde Lebensjahre“, unterteilt nach Geschlecht: Die EU-weite Messung dieses Faktors gibt an, wo wir uns derzeit befinden, und gibt durch die Sammlung regelmäßiger Daten Aufschluss darüber, ob die Situation sich verbessert oder verschlechtert. Wie lange Männer und Frauen aber gesund sind, ist nur ein sehr weit gefasster Indikator. Es gibt viele weitere, die die komplexe Situation detaillierter widerspiegeln, etwa Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen, einschließlich Fettleibigkeit und Rauchen, Schadstoffe und die Produktion giftiger Chemikalien. Auf Grundlage der Anregungen der EU-Mitgliedstaaten sollen diese Faktoren noch erweitert und neue hinzugefügt werden.

Wenn Sie Zugang zum Internet haben, können Sie die regelmäßig aktualisierten Eurostat-Informationen nachlesen, um einen detaillierten Einblick in die EU-weiten Fortschritte hin zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung zu erhalten.

Auch das Europäische Parlament spielt eine wichtige Rolle: Es legt seine Ansichten dar, arbeitet mit dem Rat und der Kommission zusammen und ist mit den nationalen Parlamenten in Kontakt. Darüber hinaus leisten der Ausschuss der Regionen und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss Beiträge.



Was tun die EU-Länder?

Die einzelnen EU-Mitgliedstaaten ernennen Vertreter, die unter der Leitung der Europäischen Kommission in der Koordinationsgruppe für nachhaltige Entwicklung zusammenkommen, um die Fortschritte der Strategie zu besprechen. Darüber hinaus liefern diese auch die erforderlichen Informationen über den Fortschritt der in Einklang mit der überarbeiteten EU-Strategie entwickelten nationalen Strategien für nachhaltige Entwicklung. Dadurch wird gewährleistet, dass sich die Ziele des betreffenden Landes und jene der Union gegenseitig unterstützen.

Weiteres Expertenwissen liefert das Europäische Nachhaltigkeitsnetzwerk ESDN, ein informelles Netzwerk aus Beauftragten der öffentlichen Verwaltung und anderen Experten, das für nachhaltige Strategien in ganz Europa zuständig ist.

Manche Länder erklären sich freiwillig bereit, ihre Strategien für nachhaltige Entwicklung von anderen Mitgliedstaaten überprüfen zu lassen und sich anzusehen, wie diese in der Praxis arbeiten. So soll man durch die Analyse der Erfolgsgeschichte anderer Länder voneinander lernen. Bis 2011 wird der Europäische Rat entscheiden, wann die nächste umfassende Überprüfung der Strategie stattfinden soll.

Europäische Kommission

Eine nachhaltige Zukunft liegt in unseren Händen

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

2008 — 79 S. — 14,8 × 21 cm

ISBN 978-92-79-07269-7



**SIE BRAUCHEN
MICH NICHT MEHR?
WERFEN SIE MICH
NICHT WEG!
GEBEN SIE MICH
WEITER
AN ...**

KA-70-07-020-DE-C

© Anja Il'Acton

*Ihr
Stammcafé*

*Ihre
Bibliothek*

*die Schule
Ihres Kindes*

*Ihren Arzt -
für sein Wartezimmer*

ISBN 978-92-79-07269-7



9 789279 072697



Amt für Veröffentlichungen

Publications.europa.eu